

Allgemeine Bedingungen für den Zugang zum Verteilernetz der LINZ GAS Netz GmbH

(Allgemeine Verteilernetzbedingungen)

Genehmigt durch den Vorstand der E-Control am 27. Oktober 2014

Die LINZ GAS Netz GmbH hält ausdrücklich fest, dass der in diesen „Allgemeinen Verteilernetzbedingungen“ verwendete Begriff „Netzbenutzer“ sowohl für die Netzbenutzerinnen als auch für Netzbenutzer steht. Die Unterscheidung konnte im Text aus Gründen der Lesbarkeit nicht getroffen werden.

Übersicht

I.	Gegenstand	3
II.	Begriffsbestimmungen.....	3
III.	Anschluss an das Verteilernetz und Kapazitätsänderung (Netzzutritt).....	4
IV.	Antrag auf Netzzugang und Abschluss des Netzzugangsvertrages.....	6
V.	Besondere Bestimmungen für den Hausanschluss	8
VI.	Druckregeleinrichtungen	10
VII.	Gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung	11
VIII.	Betrieb der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung; Zutrittsrecht	12
IX.	Informationspflichten zum Betrieb und Vorgangsweise bei Störfällen sowie Versorgungsunterbrechungen	13
X.	Netzdienstleistungen	14
XI.	Einspeisung und Entnahme.....	15
XII.	Messung	15
XIII.	Lastprofil	20
XIV.	Wechsel des Versorgers	21
XV.	Qualität der Netzdienstleistung.....	21
XVI.	Datenschutz und Geheimhaltung	22
XVII.	Übermittlung und Verwaltung von Daten	23
XVIII.	Systemnutzungsentgelt	26
XIX.	Rechnungslegung	26
XX.	Zahlung und Verzug.....	28
XXI.	Abschlagszahlungen (Teilbetragsvorschreibungen)	29
XXII.	Vorauszahlung und Sicherheitsleistung.....	29
XXIII.	Mess- und Berechnungsfehler.....	30
XXIV.	Vertragsdauer	31
XXV.	Ordentliche Kündigung bei unbefristeten Netzzugangsverträgen	31
XXVI.	Auflösung aus wichtigem Grund.....	32
XXVII.	Aussetzung der Vertragsabwicklung, Abschaltung	32
XXVIII.	Änderung der Verhältnisse und der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen	35
XXIX.	Teilunwirksamkeit, Höhere Gewalt	35
XXX.	Rechtsnachfolge	35
XXXI.	Haftung, Schad- und Klagloshaltung	36
XXXII.	Vertragsstrafe.....	37
XXXIII.	Gerichtsstand	38
XXXIV.	Sonstige Bestimmungen	38
Anhang 1:	Begriffsbestimmungen	
Anhang 2:	Fundstellen der relevanten Gesetze und Verordnungen	
Anhang 3:	Netzzugang/Netzzutritt und Kapazitätserweiterung	

I. Gegenstand

- (1) Die gegenständlichen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen (AB VN) regeln das den Netzzugang und den Netzzutritt betreffende Rechtsverhältnis zwischen der LINZ GAS Netz GmbH (kurz „Verteilernetzbetreiber“ oder „Netzbetreiber“) und dem Netzbenutzer und bilden einen integrierenden Bestandteil des Netzzugangs- sowie des Netzzutrittsvertrags. Die AB VN umfassen
 - a) den Netzzutritt (erstmaliger Anschluss oder Kapazitätsänderung); und
 - b) den Netzzugang (Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen; Einspeisung von Erdgas in das Netz, Entnahme von Erdgas aus dem Netz).
- (2) Die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen enthalten die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner, auch im Zusammenhang mit dem Netzzugang zu den dem Verteilernetz vorgelagerten Leitungen und im Falle eines Antrags auf Kapazitätserweiterung durch den Netzbenutzer.
- (3) Der Verteilernetzbetreiber verpflichtet sich im Netzzugangsvertrag, dem Netzbenutzer gemäß diesen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen, den Regeln der Technik, den jeweils geltenden Systemnutzungsentgelten und allfälliger gesetzlich zulässiger Zuschläge sowie unter Beachtung der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen, der auf Basis des GWG 2011 idgF erlassenen Verordnungen sowie der Sonstigen Marktregeln den Netzzugang zu gewähren. Alle genannten Rechtsgrundlagen, einschließlich der jeweils geltenden Systemnutzungsentgelte, sind auf der Homepage der Regulierungsbehörde (<http://www.e-control.at/de/recht>) veröffentlicht.
- (4) Der Netzbetreiber hat die Regeln der Technik zur Sicherstellung eines sicheren und zuverlässigen Gasnetzbetriebes iSd § 133 iVm § 7 Abs. 1 Z 53 GWG 2011 idgF einzuhalten.
- (5) Der Netzbetreiber hat überdies gemäß den Bestimmungen des GWG 2011 idgF und den darauf basierenden Verordnungen die erforderlichen Daten zu ermitteln, evident zu halten und anderen Marktteilnehmern zu übermitteln, wobei wirtschaftlich sensible Informationen vertraulich zu behandeln sind.
- (6) Der Netzbenutzer verpflichtet sich, den Netzzugang nur gemäß den in Ziffer 3 genannten Bestimmungen in Anspruch zu nehmen und die Systemnutzungsentgelte gemäß Punkt XVIII zu bezahlen.
- (7) Informationsübermittlungen der Netzbenutzer über Anlagen des Netzbetreibers bedürfen der gesonderten Vereinbarung.

II. Begriffsbestimmungen

- (1) Die in den Allgemeinen Verteilernetzbedingungen verwendeten Begriffe sind den Sonstigen Marktregeln, Kapitel 1, zu entnehmen.

III. Anschluss an das Verteilernetz und Kapazitätsänderung (Netzzutritt)

- (1) Der Netzzutrittswerber oder ein Bevollmächtigter hat die erstmalige Herstellung oder die Änderung des Netzanschlusses beim Netzbetreiber zu beantragen. Unter Netzzutritt wird die erstmalige Herstellung eines Netzanschlusses oder die Änderung der Kapazität eines bestehenden Netzanschlusses verstanden. Der Netzbetreiber ist für die betriebsbereite Erstellung der Anschlussleitung vom Netzanschlusspunkt bis zum Einspeisepunkt oder Ende des Verteilernetzes verantwortlich. Mit dem Antrag auf Netzzutritt anerkennt der Netzzutrittswerber die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen. Für die Gewährung des Netzzutritts gelten § 59 GWG 2011 idgF und die entsprechenden Bestimmungen der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF.
- (2) Bei Neuanlagen (Versorgungsleitung in unmittelbarer Nähe) sind für Haushalts- und Gewerbekunden zumindest die folgenden Schritte zu setzen:
 - Netzzutrittsantrag nach AB VN;
 - Projektierung mit Kostenermittlung durch den Netzbetreiber;
 - Einholung der erforderlichen Genehmigungen und Dienstbarkeiten durch den Netzbetreiber
 - Annahme des Netzzutrittsantrags durch den Netzbetreiber und Zusendung des Netzzutrittsvertrags an den Netzbenutzer
 - Einreichung für Grabarbeiten bei Magistrat oder Gemeinde durch den Netzbetreiber oder Netzbenutzer (abhängig von der Eigentumsgrenze);
 - Bau und Inbetriebnahme des Netzanschlusses durch den Netzbetreiber
 - Vorlage diverser Dokumente zur Kundenanlage durch den Netzbenutzer beim Netzbetreiber, wie beispielsweise Abnahmebefund, Druckprobe und Kaminbefund
 - Montage der Messeinrichtung(en) nach abgeschlossenem Netzzugangsvertrag (gemäß Punkt XII) sowie Vorliegen einer gültigen Anmeldung eines Versorgers gemäß Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 123 GWG 2011 .
- (3) Von Antrag auf Netzzutritt bis zur Montage des Gaszählers kann ein Zeitraum von ca. 3 Monaten, abhängig von der Erteilung einer Bewilligung der jeweiligen Behörde (in der Bausaison - im Winter nur bedingt Außenarbeiten möglich), veranschlagt werden.
- (4) Falls für die Herstellung und den Betrieb von erforderlichen Verteilerleitungen und/oder für die Herstellung und den Betrieb der Anschlussleitung Genehmigungen von Behörden bzw. Dienstbarkeiten anderer Grundstückseigentümer/innen erforderlich sind, werden diese durch den Verteilernetzbetreiber eingeholt. Im Falle von zusätzlich erforderlichen Genehmigungen zur Querung von Bundesstraßen, Schienen, Gewässern etc. kann sich die Zeit bis zur Herstellung des Netzanschlusses und Montage des Gaszählers zusätzlich verlängern. Eine allfällige Annahme des Netzzutrittsantrages erfolgt vom Verteilernetzbetreiber daher unter der aufschiebenden Bedingung, dass diese Genehmigungen und Dienstbarkeiten erteilt bzw. eingeräumt werden. Der Verteilernetzbetreiber haftet nicht für die Erlangung der erforderlichen Genehmigungen und Dienstbarkeiten. Zudem haftet der Verteilernetzbetreiber nicht für Verzögerungen, die durch faktische

Zutrittsverweigerungen, durch behördliche Auflagen oder dadurch entstehen, dass erforderliche Grundeigentümergebilligungen nicht erteilt werden.

- (5) Im Falle einer Verminderung oder Erhöhung von Kapazitäten hat der Netzbenutzer den Verteilernetzbetreiber darüber zu informieren, dass er über seine derzeitige Anlage in Zukunft höhere oder geringere Kapazitäten (Änderung des Netzzugangsvertrages) nutzen wird.
- (6) Der Verteilernetzbetreiber übermittelt dem Netzbenutzer auf entsprechende Anfrage innerhalb von vierzehn Tagen ab Einlangen einen schriftlichen Kostenvoranschlag gemäß § 5 Konsumentenschutzgesetz, BGBl. Nr. 140/1979 idgF, für den definierten Leistungsumfang für das vom Netzbenutzer zu entrichtende Netzzutrittsentgelt auf Basis von Preisen je Leistungseinheit. Der Kostenvoranschlag hat – außer im Falle einer Pauschalierung gemäß § 75 Abs. 2 GWG 2011 idgF – die wesentlichen Komponenten des zu entrichtenden Netzzutrittsentgeltes auszuweisen. Sind jedoch bei Nichtvorhandensein einer Verteilerleitung umfangreiche Erhebungen durch den Verteilernetzbetreiber notwendig, ist innerhalb von vierzehn Tagen auf die Anfrage unter Angabe einer Ansprechperson und eines konkreten Vorschlags zur weiteren Vorgangsweise zu reagieren.
- (7) Der Verteilernetzbetreiber ist verpflichtet, auf vollständige Anträge auf Netzzutritt innerhalb angemessener, vierzehn Tage nicht überschreitender, Frist ab Einlangen mit einem konkreten Vorschlag betreffend die weitere Vorgehensweise – insbesondere unter Angabe einer Ansprechperson und der voraussichtlichen Dauer der Herstellung oder Änderung des Netzanschlusses – zu reagieren. Bei Vorliegen der den Mindestangaben gemäß Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF entsprechenden Informationen, ist der Antrag als vollständig zu betrachten.

Sollten die Angaben des Antragstellers für die Beantwortung durch den Verteilernetzbetreiber nicht ausreichen, hat dieser die benötigten weiteren Angaben umgehend vom Netzbenutzer anzufordern.

- (8) Der Verteilernetzbetreiber hat mit dem Netzbenutzer eine angemessene und verbindliche Frist für die Durchführung des Netzzutritts zu vereinbaren. Wird der Netzzutritt in Abwesenheit des Netzbenutzers hergestellt, ist dieser über die Durchführung umgehend schriftlich zu informieren. Ist für die Durchführung des Netzzutritts die Anwesenheit des Netzbenutzers erforderlich, gilt Punkt X. Ziffer (5) sinngemäß.
- (9) Der Verteilernetzbetreiber ist verpflichtet, zu den vorliegenden AB VN innerhalb seines Netzgebietes mit Endverbrauchern privatrechtliche Verträge über den Anschluss an das Erdgasverteilernetz sowie die Netznutzung abzuschließen (Allgemeine Anschlusspflicht). Die Anlage des Netzbenutzers ist grundsätzlich mit dem System des Verteilernetzbetreibers am technisch geeigneten Punkt, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Netzbenutzers zu verbinden. Bei der Ausarbeitung des Anschlusskonzeptes sind jedoch die technischen Zweckmäßigkeiten (insbesondere die Vermeidung von technischen Überkapazitäten), die Versorgungsqualität und die wirtschaftlichen Interessen aller Netzbenutzer im Hinblick auf die Verteilung von Netzkosten auf alle Netzbenutzer sowie die berechtigten Interessen des anschlusswerbenden Netzbenutzers angemessen zu berücksichtigen sowie die gesetzlichen Anforderungen an den

Verteilernetzbetreiber hinsichtlich Ausbau, Betrieb und Sicherheit seines Netzes zu beachten.

- (10) Nach Annahme des Antrages auf Netzzutritt durch den Verteilernetzbetreiber hat der Verteilernetzbetreiber den Netzzutrittsvertrag unverzüglich dem Netzbenutzer zu übermitteln. Durch das Netzzutrittsentgelt werden dem Verteilernetzbetreiber alle angemessenen und den marktüblichen Preisen entsprechenden Aufwendungen abgegolten, die mit der erstmaligen Herstellung eines Anschlusses an ein Netz oder der Abänderung eines Anschlusses infolge Erhöhung der Anschlussleistung eines Netzbenutzers unmittelbar verbunden sind.
- (11) Das Netzzutrittsentgelt ist einmalig zu entrichten und dem Netzbenutzer auf transparente und nachvollziehbare Weise darzulegen. Sofern die Kosten für den Netzanschluss vom Netzbenutzer selbst getragen werden, ist die Höhe des Netzzutrittsentgelts entsprechend zu vermindern. Das Netzzutrittsentgelt ist aufwandsorientiert zu verrechnen, wobei der Verteilernetzbetreiber eine Pauschalierung für vergleichbare Netzbenutzer einer Netzebene vorsehen kann.
- (12) Wird die Anschlussleitung innerhalb von zehn Jahren nach erstmaliger Inbetriebnahme von zusätzlichen Netzbenutzern in Anspruch genommen, so hat der Verteilernetzbetreiber das Netzzutrittsentgelt auf die betroffenen Netzbenutzer im Verhältnis der zum Aufteilungszeitpunkt vertraglich vereinbarten Höchstleistung neu aufzuteilen. Den sich aus der Neuaufteilung ergebenden Überhang hat der Verteilernetzbetreiber jenen Netzbenutzern zu refundieren, welche die Aufwendungen der Errichtung getragen haben, es sei denn, der Verteilernetzbetreiber hat die Aufwendungen der Anschlussleitung im Hinblick auf weitere Anschlüsse nur anteilig verrechnet.
- (13) Bei Eigengrabung ist der Netzzutrittswerber für die Einhaltung, der gesetzlichen Vorschriften, Richtlinien und Normen in der jeweils geltenden Fassung verantwortlich.. Eigengrabungen sind nur bei Niederdruck-Hausanschlüssen und zudem nur auf Grundstücken zulässig, die sich im Eigentum des Netzzutrittswerbers befinden.

IV. Antrag auf Netzzugang und Abschluss des Netzzugangsvertrages

- (1) Netzzugangsberechtigte, die Netzzugang begehren, haben an den Verteilernetzbetreiber, an dessen Verteilernetz die gastechnische Anlage angeschlossen ist bzw. angeschlossen wird, einen Antrag auf Netzzugang zu stellen. Grundlage für den Antrag auf Netzzugang sind die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen sowie die entsprechenden Bestimmungen der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF.
- (2) Der Verteilernetzbetreiber hat Netzzugangsberechtigte oder deren Bevollmächtigte vor Vertragsabschluss über die wesentlichen Inhalte der AB VN zu informieren. Zu diesem Zweck ist dem Netzbenutzer ein Informationsblatt auszuhändigen. Der Verteilernetzbetreiber hat Netzbenutzern transparente Informationen über geltende Preise und Entgelte zu gewähren. Die AB VN sind dem Netzzugangsberechtigten auf Verlangen auszufolgen.

- (3) Der Verteilernetzbetreiber ist verpflichtet, auf vollständige Anträge auf Netzzugang innerhalb angemessener, vierzehn Tage nicht überschreitender, Frist ab Einlangen mit einem konkreten Vorschlag betreffend die weitere Vorgangsweise, insbesondere unter Angabe einer Ansprechperson und der voraussichtlichen Dauer der Herstellung des Netzzugangs zu antworten. Bei Vorliegen der den Mindestangaben gemäß Anlage 1 der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF entsprechenden Informationen, ist der Antrag als vollständig zu betrachten. Für bereits hergestellte Anschlüsse siehe Kapitel XIV.
- (4) Sollten die Angaben des Antragstellers für die Beantwortung durch den Verteilernetzbetreiber nicht ausreichen, hat dieser die benötigten weiteren Angaben umgehend vom Netzzugangsberechtigten anzufordern.
- (5) Nach Annahme des Antrages auf Netzzugang durch den Verteilernetzbetreiber hat dieser den Netzzugangsvertrag umgehend dem Netzzugangsberechtigten zu übermitteln.
- (6) Bei inaktivem Anschluss und Vorliegen eines Netzzugangsvertrages, Vorliegen einer gültigen Anmeldung eines Versorgers gemäß Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 123 GWG 2011 sowie eines Nachweises über die ordnungsgemäße Errichtung und Instandhaltung der gastechnischen Anlage sind der Einbau eines Gaszählers und die Zuweisung eines standardisierten Lastprofils innerhalb der folgenden Fristen vorzunehmen:
- (a) fünf Arbeitstage für Balgengaszähler G 2,5 – G 6;
 - (b) zehn Arbeitstage für sonstige Balgengaszähler;
 - (c) zwanzig Arbeitstage für Lastprofilzähler und Mengenumwerter.
- Ersetzt ein intelligentes Messgerät eines der in lit. (a) oder (b) genannten Messgeräte, so kommen diese Fristen zur Anwendung.
- Sofern eine Messeinrichtung bei Netzbenutzern mit Standardlastprofil vorhanden ist, ist innerhalb von zwei Arbeitstagen nach Abschluss der Anmeldung die Anlage durch den Verteilernetzbetreiber in Betrieb zu nehmen. Zum Fall der Berufung auf die Grundversorgung vgl. Punkt XXVII Ziffer (8).
- (7) Eine Ablehnung des Netzzugangsanspruchs ist schriftlich zu begründen. Wird dem Netzzugangsberechtigten vom Verteilernetzbetreiber der Netzzugang gemäß § 33 Abs. 1 Z 2 GWG 2011 idgF verweigert, kann der Netzzugangsberechtigte einen Antrag auf Kapazitätserweiterung beim Verteilernetzbetreiber einbringen. Im Übrigen gelten die entsprechenden Bestimmungen der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF.
- (8) Das Netzbereitstellungsentgelt wird Netzbenutzern bei der Herstellung des Netzanschlusses oder bei einer Erhöhung der vertraglich vereinbarten Höchstleistung als leistungsbezogener Pauschalbetrag für den bereits erfolgten sowie notwendigen Ausbau des Netzes zur Ermöglichung des Anschlusses verrechnet. Es bemisst sich nach dem vereinbarten Ausmaß der Netznutzung. Es ist anlässlich des Abschlusses des Netzzugangsvertrages bzw. bei einer Erhöhung der vertraglich vereinbarten Höchstleistung einmalig in Rechnung zu stellen.

V. Besondere Bestimmungen für den Hausanschluss

- (1) Der Netzbenutzer hat alle baulichen Voraussetzungen für die vorschriftsmäßige Errichtung des Hausanschlusses zu schaffen. Er hat für die Hauptabsperrvorrichtung einen geeigneten Platz – in Übereinstimmung mit den (auch den Regeln der Technik entsprechenden) sicherheitstechnischen Richtlinien und landesgesetzlichen Bestimmungen, mangels einer solchen Regelung an der Grundstücksgrenze – kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- (2) Der Netzbenutzer darf keine Eingriffe in die Installation des Hausanschlusses und in die sonstigen Einrichtungen des Netzbetreibers vornehmen. Die Hausanschlüsse müssen vor Beschädigung geschützt und zugänglich sein. Der Netzbenutzer hat jede Beschädigung oder Undichtheit des Hausanschlusses oder der Absperrrichtungen dem Netzbetreiber sofort mitzuteilen, sobald er diese erkennt oder soweit diese im Rahmen der gewöhnlichen Sorgfaltspflicht für den Netzbenutzer erkennbar sind. Wurden im Bereich der Anschlussleitung oder Gasanlage (z.B. Hauptabsperrvorrichtung, Zähler, Druckregeleinrichtung) Veränderungen durch den Netzbenutzer vorgenommen (z.B. Überbauung oder Unzugänglichkeit der Hauptabsperrvorrichtung), so ist der Netzbetreiber berechtigt, die vorschriftsmäßige Ausführung auf Kosten des Netzbenutzers herzustellen.
- (3) Das Recht der Grundstücksbenutzung gemäß Ziffer (4) und (5) ist beschränkt
 - (a) auf Erdgasleitungen und Druckregeleinrichtungen, aus welcher die Anlage des Netzbenutzers zumindest aushilfsweise mit Erdgas versorgt werden kann;
 - (b) auf Erdgasleitungen und Druckregeleinrichtungen, durch die der Wert der betroffenen Grundstücke infolge der Möglichkeit einer wirtschaftlich vorteilhaften Erdgasversorgung erhöht wird.
- (4) Wenn die Anschlussleitung auf fremden Grundstücken hergestellt werden soll, kann der Netzbetreiber verlangen, dass der Netzbenutzer eine schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers beibringt, in der sich dieser mit der Herstellung und dem Betrieb (inklusive Gestattung und Einräumung der Dienstbarkeit gemäß Ziffer (5) und Zutritt gemäß Ziffer (7)) der Anlagen einverstanden erklärt und die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen anerkennt. Der Netzbetreiber kann von der Vorlage der Zustimmung vorläufig Abstand nehmen, wenn dem Netzbetreiber bescheinigt wird, dass der Grundeigentümer seine Zustimmung dem Netzbenutzer gegenüber verweigert, obgleich dieser aufgrund anderer vertraglicher Vereinbarungen zu einer solchen Zustimmung verpflichtet ist. In diesem Fall muss der Netzbenutzer für etwaige Nachteile des Netzbetreibers aus dem endgültigen Ausbleiben der Zustimmung die Haftung übernehmen und auf Verlangen des Netzbetreibers eine angemessene Sicherheit leisten.
- (5) Der Netzbenutzer gestattet ohne besonderes Entgelt die Verlegung und den Betrieb von Rohrleitungen und den Einbau bzw. die Aufstellung von gastechnischen Anlagen zum Zweck der Zu- und Fortleitung von Erdgas über bzw. auf den durch die Erdgasversorgung betroffenen Grundstücken. Der Netzbenutzer räumt auf Wunsch dem Netzbetreiber unentgeltlich die zur Sicherstellung der Anlagen und Rohrleitungen erforderlichen Dienstbarkeiten ein.

- (6) Der Netzbenutzer verpflichtet sich weiters, alles zu unterlassen, was eine Beschädigung der Gasleitung oder eine Störung ihres Betriebes zur Folge haben könnte, somit insbesondere die Errichtung von Baulichkeiten und die Anpflanzung von Bäumen und tiefwurzelnden Pflanzen sowie jegliche Veränderung des Geländeniveaus beiderseits der Gasleitung in einem Abstand von jeweils 1 Meter von der Rohrleitungsachse. Vor Baubeginn im Bereich der im Eigentum des Netzbetreibers stehenden Leitungen ist jedenfalls das Einvernehmen mit dem Verteilernetzbetreiber herzustellen. Der Netzbenutzer ist verpflichtet vor der Ausführung von Baumaßnahmen über die Lage der Leitungstrasse eine Planauskunft beim Verteilernetzbetreibereinzuholen. Wurden im Bereich der Anschlussleitung oder Gasanlage (z.B. Hauptabsperrvorrichtung, Zähler, Druckregeleinrichtung) Veränderungen durch den Netzbenutzer vorgenommen (z.B. Überbauung oder Unzugänglichkeit der Hauptabsperrvorrichtung), so ist der Netzbetreiber berechtigt, die vorschriftsmäßige Ausführung auf Kosten des Netzbenutzers herzustellen.
- (7) Der Netzbenutzer ist verpflichtet, dem Netzbetreiber den Zutritt oder die Zufahrt zu den Anlagen des Netzbetreibers auf dem Grundstück des Netzbenutzers sowie Arbeiten auf diesem nach vorheriger Ankündigung – zumindest aber fünf Arbeitstage im Voraus – zu gestatten, soweit dies für die ordnungsgemäße Ausübung seiner Pflicht oder zur Abwendung von Gefahren erforderlich ist. Im Einvernehmen ist der Zutritt zu den gastechnischen Anlagen jederzeit möglich. Bei Gefahr in Verzug ist der Netzbetreiber von seiner Pflicht zur vorherigen Ankündigung befreit.
- (8) Der Netzbetreiber benachrichtigt den Netzbenutzer rechtzeitig über Art und Umfang der beabsichtigten Inanspruchnahme des Grundstücks. Die Inanspruchnahme hat unter tunlichster Schonung der benutzten Grundstücke und Baulichkeiten zu erfolgen. Dabei sind berechnete Interessen des Netzbenutzers zu berücksichtigen. Der Netzbenutzer verständigt den Netzbetreiber von Maßnahmen auf seinem Grundstück, die Einrichtungen des Netzbetreibers gefährden könnten.
- (9) Verlangt der Grundstückseigentümer – vorbehaltlich des Bestehens einer Dienstbarkeit oder einer sonstigen schriftlichen Vereinbarung – die nachträgliche Verlegung der Einrichtungen, wenn sie die widmungsgemäße Verwendung des Grundstücks unzumutbar beeinträchtigen, so trägt der Netzbetreiber die Kosten der Verlegung, es sei denn, die Einrichtungen dienen bzw. dienten gemäß Ziffer (5) auch der Versorgung dieses Grundstücks.
- (10) Nach Auflösung des Netzzugangsvertrages ist der Netzbetreiber berechtigt, seine Einrichtungen jederzeit von den benutzten Grundstücken zu entfernen. Wenn der Grundstückseigentümer es verlangt, ist der Netzbetreiber dazu verpflichtet, ausgenommen es besteht eine Dienstbarkeit, eine sonstige schriftliche Vereinbarung oder die Einrichtungen waren gemäß Ziffer (5) für die Versorgung des Grundstücks bestimmt. Weiters ist der Netzbetreiber berechtigt, die Benutzung der Grundstücke auch noch über eine angemessene Zeit nach Vertragsauflösung fortzusetzen, soweit dies zur Aufrechterhaltung der örtlichen Versorgung notwendig ist. In den übrigen Fällen hat der Netzbetreiber das Grundstück in angemessener Zeit zu räumen und die erforderlichen Arbeiten abzuschließen.

- (11) Der Verteilernetzbetreiber kann nach Vertragsablauf, soweit sicherheitstechnisch erforderlich, jederzeit die Trennung der Anschlussleitung vom Verteilernetz auf Kosten des (ehemaligen) Netzbenutzers verlangen. Dabei sind die mit Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegten Entgelte zu verrechnen. Soweit in der Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 70 GWG nicht anderweitig festgelegt, können die Kosten für die Trennung pauschaliert verrechnet werden. Die Höhe der Pauschale wird in dem auf der Homepage www.linz-gasnetz.at abrufbaren Preisblatt des Verteilernetzbetreibers veröffentlicht.
- (12) Die vertraglich vereinbarte Kapazität gibt die höchste zulässige stündliche Belastung (maximaler Lastfluss pro Zeiteinheit) des Netzanschlusses bzw. des Zählpunkts an. Der Netzbenutzer hat jedenfalls sicherzustellen, dass die vereinbarte Kapazität des Netzanschlusses bzw. Zählpunkts nicht überschritten wird.
- (13) Im Rahmen der Grundbenützung hat der Netzbenutzer auf seinem Grundstück zuzulassen,
- (a) dass Leitungen verlegt bzw. erneuert werden;
 - (b) dass Armaturen und Zubehör angebracht werden;
 - (c) dass Maßnahmen getroffen werden, die für den Bestand und Betrieb dieser Einrichtungen erforderlich sind (z.B. Freihaltung der Erdgasleitungstrasse von Bäumen, Vermessung).

VI. Druckregeleinrichtungen

- (1) Der Netzbetreiber bestimmt, ob für den Anschluss der gastechischen Anlagen ab dem Ende des Netzes der Einbau
- (a) eines Hausdruck- bzw. eines Zählerreglers oder
 - (b) einer sonstigen Druckregeleinrichtung
- notwendig ist. Der Netzbetreiber kann verlangen, dass der Netzbenutzer dafür einen geeigneten Platz oder Raum kostenlos zur Verfügung stellt.
- (2) Der Netzbenutzer trägt die Kosten für die Errichtung der Druckregeleinrichtungen und für deren Austausch, wenn dies durch die Änderung seiner Anlage oder eine Erhöhung seines Versorgungsumfanges erforderlich wird.
- (3) Hausdruckregler und Zählerregler sind Eigentum des Netzbetreibers und werden während der Vertragsdauer von diesem und auf dessen Kosten instand gehalten. Die ordnungsgemäße Instandhaltung von sonstigen Druckregeleinrichtungen, die nicht im Eigentum des Netzbetreibers stehen, ist vom Netzbenutzer sicherzustellen.
- (4) Der Netzbenutzer hat jede Beschädigung oder Undichtheit des Hausdruckreglers oder Zählerreglers dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen, sobald er diese erkennt oder soweit diese im Rahmen der gewöhnlichen Sorgfaltspflicht für den Netzbenutzbar erkennbar sind.

- (5) Soll eine nicht im Eigentum des Netzbetreibers stehende Druckregeleinrichtung auch für die örtliche Versorgung benutzt werden, muss zwischen dem Netzbenutzer und Netzbetreiber das Einvernehmen hergestellt werden.

VII. Gastechische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung

- (1) Der Netzbenutzer hat die ordnungsgemäße Errichtung und Instandhaltung der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung sicherzustellen. Informationen über die Voraussetzungen zur ordnungsgemäßen Errichtung und Instandhaltung der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung erhält der Netzbenutzer beim Installateur und/oder Rauchfangkehrer. Dies bezieht sich sowohl auf Anlagen vor dem Einspeisepunkt als auch auf solche nach dem Entnahmepunkt. Ausgenommen sind die im Eigentum des Netzbetreibers stehenden Einrichtungen.
- (2) Bei der Errichtung und Instandhaltung der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung einschließlich der zu verwendenden Materialien und Geräte sind die geltenden Vorschriften und die Regeln der Technik zu beachten. Den Auflagen eines allfälligen gewerberechtlichen Genehmigungsbescheides ist zu entsprechen.
- (3) Die Freigabe der Erdgaszufuhr erfolgt durch den Netzbetreiber und setzt den Nachweis durch den Netzbenutzer voraus, dass die gastechische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung nach den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften ordnungsgemäß errichtet wurde und betriebsbereit ist (z.B. positiver Abnahmebefund). Der Verteilernetzbetreiber ist bei Vorliegen eines positiven Abnahmebefundes nicht verpflichtet, die gastechische Anlage des Netzbenutzers zu prüfen, sondern wird auf Basis eines positiven Abnahmebefundes die Erdgaszufuhr freigeben. Der Verteilernetzbetreiber übernimmt daher keine Haftung für allfällige Schäden, die durch eine mangelhafte gastechische Anlage entstehen. Die für die Freigabe der Erdgaszufuhr notwendigen Aufwendungen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften trägt der Netzbenutzer.
- (4) Der Netzbetreiber behält sich vor, in Ausnahmefällen die an sein Verteilernetz angeschlossene gastechische Anlage des Netzbenutzers zu prüfen. Der Netzbetreiber hat den Netzbenutzer auf festgestellte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen und kann die Beseitigung von Mängeln verlangen. Wenn Sicherheitsmängel vorliegen, ist der Netzbetreiber nicht zur Freigabe der Erdgaszufuhr verpflichtet.
- (5) Der Netzbetreiber ist berechtigt, im Fall von Vertragsverletzungen unter den Voraussetzungen des § 127 Abs. 3 GWG 2011 idGF die gastechische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung oder Teile davon abzusperrern und zu plombieren; dabei gilt die in Punkt XXVII vorgesehene Regelung.
- (6)

Erweiterungen oder Änderungen der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung sind dem Netzbetreiber rechtzeitig mitzuteilen. Hierfür gelten die Absätze (1) bis (4) sinngemäß. Die Änderung des Anschlusswertes bedarf eines Antrages gemäß Punkt III. Ein solcher Antrag kann bei Gasanlagen mit einem Anschlusswert von $\leq 10 \text{ m}^3/\text{h}$ entfallen, wenn nicht gleichzeitig eine Installation eines größeren Gaszählers erforderlich ist. Unterbleibt eine nach dieser Ziffer erforderliche Mitteilung, dann erfolgt damit eine unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen mit den in Punkt XXVII vorgesehenen Folgen.

Der Verteilernetzbetreiber betreibt sein Verteilernetz mit dem im Netzzutritts- bzw. Netzzugangsvertrag angegebenen Nenndruckbereich. Sämtliche Betriebsmittel und Anlagen des Netzbenutzers müssen für diesen Nenndruckbereich ausgelegt werden. Der Verteilernetzbetreiber sichert gemäß den Allgemeinen Verteilernetzbedingungen am Entnahmepunkt (Hauptabsperrvorrichtung) den im Netzzutritts- bzw. Netzzugangsvertrag vereinbarten Mindestdruck zu. Eine Änderung des Betriebsdrucks am Gaszähler erfordert ausnahmslos die Zustimmung durch den Netzbetreiber und eine Vertragsanpassung. Der Betriebsdruck am Gaszähler ist abrechnungsrelevant und darf keinesfalls eigenmächtig und ohne Zustimmung des Netzbetreibers geändert werden. Eine Änderung des Betriebsdrucks am Zähler kann Störungen anderer gastechnischer Anlagen verursachen und störende Rückwirkungen auf die Erdgasleitungsanlagen des Verteilernetzbetreibers zur Folge haben. Der Netzbetreiber ist berechtigt, den eingestellten und vertraglich vereinbarten Betriebsdruck mittels Anzeigetafel vor Ort auszuweisen.

VIII. Betrieb der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung; Zutrittsrecht

- (1) Jeder Vertragspartner hat die zu seinen Betriebsanlagen gehörenden gastechnischen Anlagen, baulichen und sonstigen Teile entsprechend den geltenden gesetzlichen Vorgaben und Regeln der Technik auf seine Kosten zu betreiben und instand zu halten.
- (2) Der Netzbenutzer hat sicherzustellen, dass die gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung so betrieben wird, dass Störungen anderer gastechnischer Anlagen und störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers ausgeschlossen sind.
- (3) Der Netzbenutzer hat dem Netzbetreiber den Zutritt zu den Einrichtungen des Netzbetreibers sowie zu der an das Verteilernetz angeschlossenen gastechnischen Anlage nach vorheriger Ankündigung – es sei denn, es ist Gefahr in Verzug – zu ermöglichen, damit der Netzbetreiber die Rechte und Pflichten aus dem Netzzugangsvertrag wahrnehmen kann. Dazu zählen beispielsweise
 - (a) die Ablesung der Messeinrichtungen;
 - (b) die Instandhaltung der Einrichtungen des Netzbetreibers;
 - (c) die Erfassung und Überprüfung der technischen Einrichtungen;

- (d) bei einschränkbaren Netzzugangsverträgen die Sicherung der Einschränkung der Netznutzung gemäß der Veranlassung des Verteilergebietsmanagers.

Die Vertreter des Netzbetreibers haben sich auszuweisen, wenn der Netzbenutzer es verlangt.

IX. Informationspflichten zum Betrieb und Vorgangsweise bei Störfällen sowie Versorgungsunterbrechungen

- (1) Netzbetreiber und Netzbenutzer haben einander jene Informationen zu übermitteln, die für die Erfüllung der Vertragspflichten und die Sicherstellung der Netzintegrität der vor- und nachgeschalteten Netze erforderlich sind. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, rechtzeitig auf mögliche Druck- und Kapazitätsengpässe hinzuweisen, insbesondere betreffend geplante Arbeiten im Verteilernetz.
- (2) Die österreichweite Gasnotrufnummer „128“ ist standardmäßig vom Netzbetreiber auf allen an den Netzbenutzer gerichteten Schriftstücken sowie auf der Startseite der Internetpräsenz des Netzbetreibers deutlich sichtbar zu veröffentlichen.
- (3) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer regelmäßig Informationen zu Verhaltensregeln bei Gasgeruch und in Bezug auf die Gasnotrufnummer zu übermitteln sowie auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers übersichtlich und leicht auffindbar zur Verfügung zu stellen.
- (4) Bei geplanten Versorgungsunterbrechungen und Einschränkungen der Einspeisemöglichkeit sind die betroffenen Netzbenutzer sowie deren Versorger mindestens fünf Tage vor Beginn in geeigneter Weise zu verständigen und über die voraussichtliche Dauer der Versorgungsunterbrechung oder der Einschränkung der Einspeisemöglichkeit zu informieren. Ist das Einvernehmen mit dem Netzbenutzer im Einzelfall hergestellt, kann die Benachrichtigung auch kurzfristiger erfolgen.
- (5) Bei Auftreten eines Störfalles, welcher zu einer Beeinträchtigung der Versorgung beziehungsweise der Einspeisemöglichkeit führt, ist vom Netzbetreiber unverzüglich mit der Behandlung zu beginnen, sind die unbedingt erforderlichen Arbeiten ehest möglich zu beenden und die betroffenen Netzbenutzer über die voraussichtliche oder tatsächliche Dauer des Störfalles in geeigneter Weise zu informieren.
- (6) Für die Behebung von im Netz des Netzbetreibers auftretenden Störfällen und für Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahren in gastechnischen Anlagen im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtungen hat der Netzbetreiber einen 24-Stunden Notdienst sicherzustellen, der im Störfall Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bzw. zur Wiederaufnahme der Versorgung einleitet. Die rasche und effiziente Behebung von Störfällen ist vom Netzbetreiber auf Antrag des vom Störfall unmittelbar betroffenen Netzbenutzers oder der Regulierungsbehörde nachzuweisen.

X. Netzdienstleistungen

- (1) Der Netzbetreiber verpflichtet sich, Erdgas bis zur maximal vereinbarten Transportkapazität an den Einspeisepunkten seines Verteilernetzes zu übernehmen und am Ausspeisepunkt bereitzustellen. Für die Ermittlung der Verrechnungsmengen ist der von der Regulierungsbehörde mit Verordnung festgelegte Verrechnungsbrennwert heranzuziehen.
- (2) Zu den vom Netzbetreiber zu erbringenden Netzdienstleistungen zählen insbesondere die Steuerung des Gasflusses, die Erstellung von Erdgasbilanzen, den Ausgleich von Messdifferenzen und den Eigenverbrauch sowie die Bereitstellung von Regelenergie. Der Netzbetreiber ist nicht verpflichtet, die Einhaltung der Fahrpläne des Netzbenutzers kontinuierlich zu überwachen.
- (3) Der Netzbetreiber stellt die Odorierung des Erdgases in Übereinstimmung mit gesetzlichen Vorgaben und Regeln der Technik sicher.
- (4) Der Netzbetreiber ermittelt gemäß Punkt XII die Mengen des in das Verteilernetz eingespeisten und daraus entnommenen Erdgases sowie die transportierte Leistung (Messung).
- (5) Mit dem Netzbenutzer müssen für Termine, insbesondere für die Durchführung von Reparaturen und Wartungen sowie Ablesungen, bei denen die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist, Zeitfenster von zwei Stunden vereinbart werden, wobei auf Terminwünsche des Netzbenutzers einzugehen ist.
- (6) Der Verteilernetzbetreiber hat die Einbringung von Anfragen und Beschwerden jedenfalls schriftlich und telefonisch zu ermöglichen und den Netzbenutzer darüber zu informieren. Als Mindeststandard muss die Erreichbarkeit des Verteilernetzbetreibers über eine Kundenhotline innerhalb der allgemeinen Geschäftszeiten gewährleistet sein.
- (7) Anfragen und Beschwerden von Netzbenutzern an den Verteilernetzbetreiber sind von diesem binnen fünf Arbeitstagen ab Einlangen zu beantworten, und dabei abschließend zu erledigen. Ist eine Erledigung innerhalb dieser Frist nicht möglich, so hat die Beantwortung zumindest über die weitere Vorgangsweise, die voraussichtliche Bearbeitungsdauer sowie die Kontaktdaten einer Ansprechperson zu informieren.
- (8) Im Falle einer Beschwerde ist der Netzbenutzer vom Netzbetreiber über die Möglichkeit der Einleitung eines Schlichtungsverfahrens gemäß § 26 E-ControlG zu informieren.
- (9) Optionale Netzdienstleistungen: Im Netzzugangsvertrag können weitere Netzdienstleistungen, wie z.B. von den technischen Ausführungsbestimmungen der Netzbetreiber abweichende Grenzwerte des Übergabedruckes, zusätzliche Verdichterleistung, Trocknung des Erdgases, Unterbrechbarkeit oder Einschränkung von Transporten (sofern dies in einer Verordnung der Regulierungsbehörde vorgesehen ist) vereinbart werden.

XI. Einspeisung und Entnahme

- (1) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer die möglichen Einspeisepunkte für Erdgas und biogene Gase in sein Netz für konkrete Anlagen auf Anfrage bekanntzugeben.
- (2) Der Netzbenutzer verpflichtet sich, bei der Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen die maximal vereinbarte Transportkapazität bezüglich der vertraglich vereinbarten Einspeise- bzw. Entnahmepunkte nicht zu überschreiten.
- (3) Der einspeisende Netzbenutzer verpflichtet sich, bei der Übergabe am Einspeisepunkt nur Erdgas bzw. biogene Gase, welche der Spezifikation der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF entsprechen, einzuspeisen und deren Qualität nachzuweisen. Wird die Qualitätsspezifikation oder der vereinbarte Übergabedruck nicht eingehalten, hat der Netzbetreiber das Recht, die Übernahme des Erdgases gemäß § 33 Abs. 1 Z 5 GWG 2011 idgF zu verweigern. Der Netzbetreiber hat die Bilanzgruppenverantwortlichen des Marktgebiets, den Verteilergebietsmanager und die vorgelagerten Netzbetreiber über die Nichteinhaltung der Qualitätsspezifikation umgehend zu informieren.
- (4) Der Netzbetreiber ist berechtigt, die aktuelle Drucksituation sowie den Mengendurchfluss der Netzbenutzer (Einspeiser in das Verteilernetz) an wesentlichen Einspeisepunkten des Marktgebiets dem Verteilergebietsmanager in elektronischer Form zu übermitteln. Sofern diese Daten beim Netzbetreiber nicht vorhanden sind, verpflichtet sich der Netzbenutzer, diese bereit zu stellen.

XII. Messung

- (1) Der Netzbetreiber hat allen Netzbenutzern eine zuverlässige, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Erfassung der Verbrauchswerte durch die dem Netzbenutzer zugeordneten Messgeräte zu gewährleisten. Der Netzbetreiber ermittelt das Ausmaß der vom Netzbenutzer in Anspruch genommenen Netzdienstleistungen durch Messeinrichtungen. Der Netzbenutzer ist – unbeschadet der weiteren in diesem Punkt genannten Möglichkeiten der Zählerstandsbekanntgabe – berechtigt, einmal vierteljährlich dem Netzbetreiber Zählerstände bekannt zu geben. Der Netzbetreiber ist im Fall der Zählerstandsbekanntgabe verpflichtet, dem Netzbenutzer innerhalb von zwei Wochen eine zeitnahe Verbrauchsinformation zu übermitteln.
- (2) Der Verteilernetzbetreiber hat den Netzbenutzer in geeigneter Weise, zumindest auf dem der Rechnung gemäß § 127 Abs. 1 GWG 2011 idgF beizulegenden Informationsblatt, über die Möglichkeit der Selbstablesung bei Änderungen des Energiepreises bzw. der Systemnutzungsentgelte sowie beim Versorgerwechsel zu informieren.
- (3) Mit Ausnahme von Lastprofilzählern (vgl. Ziffern (21) bis (24)) sowie intelligenten Messgeräten (vgl. Ziffern (25) bis (30)), werden Messeinrichtungen, wenn die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist, nach Vorankündigung in möglichst gleichen Zeitabständen (Abrechnungsperiode),

zumindest aber jährlich, von Vertretern des Netzbetreibers oder auf Wunsch des Netzbetreibers oder des Netzbenutzers vom Netzbenutzer selbst abgelesen und die Messdaten in vom Netzbetreiber festgelegter und zumutbarer Form diesem übermittelt. Mindestens alle drei Jahre hat eine Ab- oder Auslesung des Zählers durch den Netzbetreiber zu erfolgen.

- (4) Dem Netzbenutzer ist vom Netzbetreiber bei Selbstablesung jederzeit die Möglichkeit einzuräumen, die Angaben zum Zählerstand auch elektronisch zu übermitteln.
- (5) Eine rechnerische Ermittlung der Messwerte ist nur in jenen Fällen zulässig, in denen der Netzbenutzer von der ihm angebotenen Möglichkeit zur Selbstablesung und Übermittlung der Daten an den Netzbetreiber keinen Gebrauch gemacht hat und ein Ableseversuch durch den Netzbetreiber aus einem Grund, der dem Verantwortungsbereich des Netzbenutzer zuzuordnen ist, erfolglos blieb. In diesem Fall ermittelt der Netzbetreiber den Verbrauch oder die Einspeisung durch Aliquotierung nach den Regelungen, die durch die Regulierungsbehörde in der Verordnung über die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden.
- (6) Die Ablesung der Messeinrichtungen ist vom Netzbetreiber rechtzeitig, mindestens jedoch 14 Tage im Voraus, schriftlich anzukündigen, wenn die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist. Ausgenommen davon sind Messeinrichtungen mit Lastprofilzählern oder intelligente Messgeräte. Für Terminvereinbarungen gilt Punkt X Ziffer (5). Das Recht des Netzbetreibers, Ablesestichproben ohne Vorankündigung vorzunehmen, bleibt davon unberührt. Erfolgt die Ablesung unangekündigt und in Abwesenheit des Netzbenutzers, ist dieser über die durchgeführte Ablesung unter Angabe des abgelesenen Zählerstandes umgehend in geeigneter Weise zu informieren. Der Verteilernetzbetreiber hat den abgelesenen Zählerstand innerhalb von fünf Arbeitstagen unter den Daten gemäß Punkt XVI Ziffer (4) lit (h) einzutragen.
- (7) Die Messeinrichtungen umfassen auch allfällige Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen und müssen den Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes, den Regeln der Technik sowie den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Störungen oder Beschädigungen der Messeinrichtungen, die für den Netzbenutzer erkennbar sind, hat er dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
- (8) Der Netzbetreiber bestimmt gemäß den Regeln der Technik sowie den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften Art, Zahl und Größe sowie in Abstimmung mit dem Netzbenutzer den Anbringungsort der Messeinrichtungen. Er hat die Messeinrichtungen beizustellen, anzubringen, in Stand zu halten, zu eichen, nachzueichen und zu entfernen. Netzbenutzern ohne Mengenumwerter sind auf Verlangen temperaturkompensierte Zähler oder Temperaturumwerter einzubauen. Dafür erforderliche Anpassungen der Messstelle sind vom Netzbenutzer zu veranlassen und zu bezahlen. Es besteht für Netzbenutzer mit Lastprofilzählern die Möglichkeit, dass diese Einrichtungen auch vom Netzbenutzer beigestellt werden und von diesem eingebaut werden können. Will der Netzbenutzer Messeinrichtungen selbst beistellen, hat er diesen Wunsch dem Netzbetreiber zeitgerecht mitzuteilen. Dieser hat daraufhin dem Netzbenutzer die hierfür geltenden Spezifikationen bekannt zu geben. Die Prüfung der ordnungsgemäßen Funktion liegt aber jedenfalls in der Verantwortung des Netzbetreibers. Der Netzbetreiber legt den Zeitpunkt, an dem die

Verrechnung durch das eingebaute Messgerät anerkannt wird, fest. Wenn der Netzbetreiber den Zugang zu den Messeinrichtungen mit einem Schloss sichert, ist dem Netzbenutzer auf Wunsch ein entsprechender Schlüssel zu übergeben, um beispielsweise auch Selbstablesungen durchführen zu können.

- (9) Der Netzbenutzer hat die für die Messeinrichtungen geeigneten Plätze und die allenfalls erforderliche Energie samt Anschlussmöglichkeit auf eigene Kosten zur Verfügung zu stellen. Bei Ausfall eines Messgerätes ist dieses umgehend durch den Netzbetreiber zu reparieren bzw. durch ein Ersatzgerät zu ersetzen. Einrichtungen, welche vom Netzbenutzer beigestellt wurden, sind von diesem umgehend zu reparieren oder durch ein Ersatzgerät zu ersetzen. Die Prüfung der ordnungsgemäßen Funktion hat jedenfalls durch den Netzbetreiber zu erfolgen. Der Zeitpunkt, an dem die Verrechnung durch das eingebaute Messgerät wieder anerkannt wird, ist vom Netzbetreiber festzulegen.
- (10) Der Netzbenutzer hat höchstens das in der Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegte Entgelt zu entrichten. Soweit Messeinrichtungen vom Netzbenutzer beigestellt werden, ist das Entgelt für Messleistungen entsprechend zu vermindern. Kosten für zusätzliche Ablesungen oder Datenübermittlungen, die auf Wunsch des Netzbenutzers durchgeführt oder von ihm verursacht werden, können zusätzlich zum Entgelt für Messleistungen verrechnet werden.
- (11) Der Netzbenutzer haftet für das Abhandenkommen oder die Beschädigung von Messeinrichtungen des Netzbetreibers gemäß Punkt XXXI. Der Netzbenutzer hat den Verlust, Beschädigungen oder Störungen derartiger Einrichtungen dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen. Die Entfernung oder Beschädigung von angebrachten Plomben durch den Netzbenutzer ist unzulässig. Falls Plomben dennoch entfernt wurden (z.B. im Zuge von Störungsbehebungen) ist dies dem Verteilernetzbetreiber unverzüglich zu melden. An Messeinrichtungen dürfen vom Netzbenutzer keine Gegenstände und Aufkleber ohne vorherige Abstimmung mit dem Netzbetreiber angebracht werden.
- (12) Wenn an einem Zählpunkt der Druck von 100 mbar überschritten wird, ist ein Mengenumwerter an den Gaszähler anzubauen. Ausgenommen davon sind Zählpunkte, an denen die Jahresmenge 400.000 kWh nicht übersteigt. Für Zählpunkte mit einem Betriebsdruck unter 100 mbar und Jahresmengen größer 3.500.000 kWh ist ebenfalls ein Mengenumwerter anzubauen. Der Netzbenutzer hat die Kosten des Anbaues nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden, zu tragen.
- (13) Der Netzbenutzer kann die Nachprüfung der Messeinrichtungen durch den Netzbetreiber verlangen oder bei Eichämtern bzw. kompetenten Prüfstellen beantragen. Stellt der Netzbenutzer den Antrag auf Prüfung bei einem Eichamt bzw. einer kompetenten Prüfstelle, so hat er den Netzbetreiber von der Antragstellung zu benachrichtigen. Die Kosten sind nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden vom Netzbenutzer zu tragen. Die durch die Prüfung entstehenden Kosten fallen dem Netzbenutzer jedenfalls dann zur Last, wenn die Messeinrichtung von ihm beigestellt wurde.

- (14) Der für die Nacheichung oder aus sonstigen technischen Gründen erforderliche Wechsel der betroffenen Messeinrichtungen wird nach Terminabstimmung und auf Wunsch im Beisein des Netzbenutzers oder dessen Vertreter durchgeführt. Die Nacheichung ist vom Netzbetreiber schriftlich rechtzeitig, mindestens 14 Tage im Voraus anzukündigen, wenn die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist. Für Terminvereinbarungen gilt Punkt X Ziffer (5). Ist eine Anwesenheit des Netzbenutzers nicht erforderlich, ist er zu verständigen.
- (15) Wird die Messeinrichtung vom Netzbetreiber bereitgestellt, gilt für die Nachprüfung die Kostentragungsregelung der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden. Die voraussichtlichen Kosten setzen sich zusammen aus einmaligem Zähleraus-, Zählereinbau (Tauschzähler) und den Kosten für die Überprüfung. Die voraussichtliche Höhe der Kosten ist dem Netzbenutzer im Voraus bekanntzugeben.
- (16) Wenn aufgrund einer Änderung des Systemnutzungsentgelts oder des Energiepreises oder eines Versorgerwechsels (siehe Punkt XIV) eine Verbrauchsabgrenzung notwendig wird, kann der Netzbenutzer dem Netzbetreiber den Zählerstand ebenfalls frühestens fünf Arbeitstage vor dem Stichtag der Änderung bzw. spätestens fünf Arbeitstage danach bekannt geben. Der Netzbetreiber hat dem Versorger den Zählerstand umgehend zu übermitteln. Der Netzbetreiber hat die Angaben des Netzbenutzers auf ihre Plausibilität zu überprüfen.
- (17) Vorhandene und vom Netzbetreiber nicht benötigte Schnittstellen (wie z.B. Impulsgeber, Stromausgänge) können ohne zusätzliche Kosten vom Netzbenutzer benutzt werden. Werden auf einer Messeinrichtung Daten für mehr als einen Netzbenutzer ermittelt, so hat der Netzbenutzer kein Recht, zusätzliche Ablesungen oder Datenübermittlungen zu verlangen.
- (18) Bei Fernablesung eines Lastprofilzählers hat der Netzbenutzer, wenn dies technisch möglich und zumutbar ist, dem Netzbetreiber unentgeltlich eine Leitung oder die Möglichkeit einer Leitungsführung zum öffentlichen Telefonnetz zur Verfügung zu stellen; dies gilt auch für einen etwaigen notwendigen Stromanschluss.
- (19) Der Netzbenutzer hat dafür zu sorgen, dass die Messeinrichtungen jederzeit leicht und rasch zugänglich sind. Für den Fall, dass bei Netzbenutzern ohne Lastprofilzähler oder intelligenten Messgeräten die Messeinrichtungen nach zweimaliger Ankündigung voneinander unabhängiger Termine nicht abgelesen werden können, wird der Netzbetreiber die auf der letzten Jahresabrechnung basierenden Werte als Verrechnungsgrundlage heranziehen. Liegt keine Letztjahresabrechnung oder eine Verbrauchsänderung vor (z.B. durch zusätzliche Anlagen), ist der Netzbetreiber zur Schätzung berechtigt. Für nicht mittels Lastprofilzähler oder intelligenten Messgeräten gemessene Netzbenutzer ist eine rechnerische Ermittlung durch den Netzbetreiber gemäß der Methodik der Standardlastprofile, auf eine transparente und nachvollziehbare Weise vorzunehmen.
- (20) Wenn der Netzbenutzer es verlangt, ist der Netzbetreiber verpflichtet, Messeinrichtungen zu verlegen, soweit dies ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist. Die Kosten der Verlegung trägt der

Netzbenutzer nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden.

Lastprofilzähler

- (21) Der Netzbetreiber hat für jeden Zählpunkt eines Netzbenutzers, dem kein standardisiertes Lastprofil nach der Verordnung gemäß § 60 GWG 2011 idgF zuzuordnen ist, einen Lastprofilzähler (Erfassung im Stundenraster) einzubauen.
- (22) Die Speicherkapazität muss für mindestens ein Monat ausgelegt sein. Weiters sind die Daten der Lastprofilzähler mittels Fernübertragung (GPRS, Funk, WLAN, etc.) auszulesen. Eine Datenübermittlung an den Netzbetreiber hat zumindest einmal am Tag, bis spätestens 12:00 Uhr für den vorangegangenen Gastag, zu erfolgen.
- (23) Die Auswahl der Lastprofilzähler hat sich nach den Regeln der Technik sowie den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften zu richten.
- (24) Wenn bei einem Gaszähler zusätzlich ein Mengenumwerter angebaut ist, müssen beide Zählwerte (m^3 und Nm^3 oder kWh) erfasst und übertragen werden. Damit bei einem Ausfall des Mengenumwerters weiterhin Daten vom Lastprofilzähler erfasst werden können, ist es erforderlich, den Impulsausgang direkt vom Zähler abzunehmen und nicht den des Mengenumwerters zu verwenden. Wenn bei einem Mengenumwerter zwei voneinander physikalisch getrennte Impulseingänge vorhanden sind und der Mengenumwerter auch als Datenspeicher eingesetzt wird, braucht kein eigener Lastprofilzähler installiert zu werden. Bei Gaszählern mit Encoderzählwerken ist eine redundante Erfassung nicht notwendig, da bei diesem System die Zuverlässigkeit wesentlich höher ist.

Intelligente Messgeräte

- (25) Die Verpflichtung zum Einbau von intelligenten Messgeräten („Smart Meter“) ist dem Netzbetreiber gemäß § 128 Abs. 1 GWG 2011 idgF in Zusammenhang mit einer Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft vorgeschrieben. Die Entscheidung, ob konventionelle Messeinrichtungen oder intelligente Messeinrichtungen („Smart Meter“) eingesetzt werden, obliegt dem Netzbetreiber unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen (insbesondere § 128 Abs. 1 GWG 2011 idgF). Der Netzbetreiber legt fest, ob und gegebenenfalls wann und in welchem Gebiet er intelligente Messgeräte einsetzt. Der Netzbetreiber hat den Netzbenutzern schriftlich und zeitnah über den Einbau eines intelligenten Messgerätes und die damit verbundenen Rahmenbedingungen, insbesondere im Hinblick auf Datenschutz sowie Bereitstellung und Übermittlung der Informationen gemäß §§ 126a bis 129a GWG 2011 idgF zu informieren. Netzbenutzern, die bis zu dem in der Verordnung gemäß § 128 Abs. 1 GWG 2011 idgF genannten Datum nicht mit einem intelligenten Messgerät ausgestattet wurden, ist vom Netzbetreiber der Grund hierfür mitzuteilen.
- (26) Beim Einsatz eines intelligenten Messsystems („Smart Metering“) hat der Netzbetreiber – vorbehaltlich der Datenschutzbestimmungen im Punkt XVI - die Möglichkeit, verschiedene Prozesse zu automatisieren und durch Fernzugriff auszuführen. Das betrifft insbesondere den Prozess zur Übermittlung der Daten gem. § 129 Abs. 1 GWG 2011 idgF (vgl. auch Punkt XVII).

- (27) Intelligente Messgeräte erfassen den Zählerstand und übermitteln diesen an den Netzbetreiber. Verfügen intelligente Messgeräte über eine integrierte Speichermöglichkeit, so werden sämtliche Werte für 60 Tage zur Verfügbarkeit für den Netzbenutzer im Gerät gespeichert. Es gelten die technischen Anforderungen der Verordnung gemäß § 128 Abs. 2 GWG 2011 idgF. Für die Übermittlung von Daten siehe Punkt XVII.
- (28) Netzbetreiber sind verpflichtet, am Beginn des darauffolgenden Kalendermonats unverzüglich, spätestens jedoch zum Fünften dieses Monats alle täglich erhobenen Verbrauchswerte jener Endverbraucher, deren Verbrauch mithilfe eines intelligenten Messgerätes gemessen wird, an die jeweiligen Versorger zu den in § 126a GWG 2011 idgF genannten Zwecken sowie zu Zwecken der Verrechnung zu übermitteln. Die 60-Minuten-Werte dürfen nur nach ausdrücklicher Zustimmung des Endverbrauchers oder zur Erfüllung vertraglicher Pflichten an den Versorger übermittelt werden.
- (29) Die Bereitstellung der Zählerstände hat spätestens nach sechs Monaten ab Einbau des intelligenten Messgerätes zu erfolgen. Nach erstmaliger Verarbeitung durch den Netzbetreiber sind sämtliche Verbrauchsdaten (nach vertraglicher Vereinbarung oder Zustimmung die 60-Minuten-Werte, ansonsten die täglichen Verbrauchswerte) spätestens 12 Stunden nach deren Auslesung aus dem Messgerät dem Netzbenutzer über ein kundenfreundliches Web-Portal kostenlos zur Verfügung zu stellen. Um Zugriff auf dieses Web-Portal zu erhalten, hat sich der Netzbenutzer beim Netzbetreiber über eine entsprechende Benutzerkennung (Username und Passwort) zu identifizieren. Die Inanspruchnahme des Web-Portals hat die Fernauslesung der Verbrauchsdaten aus dem intelligenten Messgerät zur Voraussetzung. Die Datenbereitstellung im Web-Portal endet jeweils nach Ablauf von 36 Monaten ab Verfügbarkeit sowie im Falle der Auflösung des Vertragsverhältnisses mit dem Netzbetreiber.
- (30) Die Sichtanzeige eines intelligenten Messgerätes zeigt standardmäßig den jeweiligen aktuellen Zählerstand an. Zu Zwecken der Überprüfung von darüber hinausgehenden im Messgerät gespeicherten relevanten Werten ist auf Wunsch des Netzbenutzers die Anzeige des intelligenten Messgerätes, welches die Messung und Speicherung von Zählerständen im Gerät in einem Intervall von 24 Stunden und 60 Minuten ermöglicht, dahingehend kostenlos freizugeben, sodass eine Überprüfung dieser Werte anhand der Anzeige des intelligenten Messgeräts selbst ermöglicht wird. Die Freigabe erfolgt kostenlos und ohne unverhältnismäßigen Zusatzaufwand. Auf ausdrücklichen Wunsch des Netzbenutzers wird die Sichtanzeige zeitnah und kostenlos wieder in den ursprünglichen Konfigurationszustand zurückgesetzt.

XIII. Lastprofil

- (1) Der Netzbetreiber legt im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Regeln der Technik fest, ob beim Netzbenutzer ein Lastprofilzähler oder ein intelligentes Messgerät eingebaut oder ihm ein Standardisiertes Lastprofil zugeteilt wird.

- (2) Die Vergabe der Standardisierten Lastprofile bzw. der Einsatz von Lastprofilzählern ist in der Verordnung gemäß § 60 GWG 2011 idgF betreffend die Zuordnung, Erstellung, Anzahl und Anpassung von Standardisierten Lastprofilen geregelt.

XIV. Wechsel des Versorgers

- (1) Die Durchführung des Versorgerwechsels dauert höchstens drei Wochen und ist für den Netzbenutzer kostenlos. Das Verfahren ist im Detail in der jeweils geltenden Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 123 GWG 2011 geregelt.
- (2) Zum Wechseltermin sind die Verbrauchswerte des Netzbenutzers vom Netzbetreiber bereitzustellen und sowohl dem bisherigen als auch dem neuen Versorger zu übermitteln.
- (3) Ist eine taggenaue Ermittlung durch Fernauslesung möglich, ist diese vom Netzbetreiber durchzuführen. Ist diese nicht möglich, kann der Netzbenutzer innerhalb der in der Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 123 GWG 2011 genannten Frist vor und nach dem Wechseltermin eine Selbstablesung vornehmen und den Zählerstand dem Netzbetreiber mitteilen.
- (4) Besteht im Falle des Versorgerwechsels der Netzbenutzer, der neue oder der bisherige Versorger auf einer Ablesung des Zählerstandes durch den Netzbetreiber, so hat dieser die Ablesung vorzunehmen. Der Netzbetreiber kann demjenigen, welcher die Ablesung fordert, die in der Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegten Entgelte in Rechnung stellen. Wird die Ablesung von mehreren Marktteilnehmern gefordert, so ist die Ablesung demjenigen in Rechnung zu stellen, der den Wunsch als erster bekannt gegeben hat.
- (5) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer spätestens sechs Wochen nach Vollziehung des Versorgerwechsels oder nach Vertragsbeendigung eine Abrechnung zu legen. Der Netzbetreiber hat die Rechnung für die Netznutzung innerhalb von drei Wochen an den bisherigen Versorger zu übermitteln, sofern der bisherige Versorger auch die Rechnung für die Netznutzung legt.

Bei bereits hergestellten Netzanschlüssen gilt für die Beantwortung des Begehrens auf Netzzugang gemäß der Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 123 GWG 2011 bei automatisierter Prüfung eine Frist von höchstens 24 Stunden und optional weiteren 72 Stunden bei Notwendigkeit einer manuellen Prüfung

XV. Qualität der Netzdienstleistung

- (1) Die Qualitätsstandards für die Netzdienstleistung für an das Netz angeschlossene Netzbenutzer werden in der Verordnung gemäß § 30 GWG 2011 idgF festgelegt.
- (2) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer einmal jährlich in geeigneter Weise Informationen über die in der Verordnung gemäß § 30 GWG 2011 idgF festgelegten Standards zu übermitteln.
- (3) Der Netzbetreiber übermittelt zur Überprüfung der Einhaltung der Standards die Kennzahlen gemäß der Verordnung gemäß § 30 GWG 2011 idgF jährlich zum 31.

März für das vorangegangene Kalenderjahr an die Regulierungsbehörde. Diese Kenngrößen sind zudem in geeigneter Weise, jedenfalls aber auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers, von jedem Netzbetreiber individuell zu veröffentlichen.

XVI. Datenschutz und Geheimhaltung

- (1) Der Netzbetreiber ist berechtigt, die zur Besorgung seiner Aufgaben erforderlichen Daten des Netzbenutzers – insbesondere die gemäß den Marktregeln zu erfassenden Stamm-, Mess- und Plandaten, ausschließlich gemäß den einschlägigen bundes- und landesgesetzlichen Bestimmungen zu verwenden und darf diese nur im notwendigen und gesetzlich zulässigen Umfang an jene Marktteilnehmer weitergeben, soweit sie diese Daten zur Besorgung ihrer Aufgaben benötigen.
- (2) Insbesondere ist der Netzbetreiber berechtigt, allen Versorgern, die ihm glaubhaft machen, dass diese Daten für die Durchführung des Versorgerwechsels benötigt werden, die Daten des Netzbenutzers (Name, Anlageadresse, Zählpunktnummer, Verbrauchsdaten) auf Anfrage zur Verfügung zu stellen. Die Zustimmung des Netzbenutzers ist jederzeit widerruflich.
- (3) Der Netzbetreiber und der Netzbenutzer haben Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, von denen sie bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit Kenntnis erlangen, vertraulich zu behandeln und dürfen sie Dritten gegenüber nicht offenlegen.
- (4) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer online die folgenden verrechnungsrelevanten Daten übersichtlich zur Verfügung zu stellen oder die Anforderung dieser Daten über ein Kontaktformular auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers zu ermöglichen und diese binnen fünf Arbeitstagen elektronisch beziehungsweise auf Wunsch des Netzbenutzers auf dem Postweg zu übermitteln. Zusätzlich ist dem Netzbenutzer die Möglichkeit einzuräumen, die Übermittlung dieser Daten schriftlich oder fernmündlich anzufragen:
 - (a) Name und Vorname bzw. Firma und Adresse des Netzbenutzers;
 - (b) Anlageadresse;
 - (c) einheitliche und eindeutige Zählpunktbezeichnung;
 - (d) Kennung/Identifikationsnummer der Bilanzgruppe;
 - (e) Kennung/Identifikationsnummer des Versorgers;
 - (f) Zähler, Mengenumwerter, Lastprofilzähler, intelligentes Messgerät (einschließlich Seriennummer);
 - (g) zugeordneter Lastprofiltyp (sofern anwendbar);
 - (h) Zählerstände, die in den letzten drei Abrechnungsjahren zu Abgrenzungen durch den Netzbetreiber herangezogen wurden;
 - (i) Verbrauch und ggf. verrechnete Leistung der letzten drei Abrechnungsjahre;
 - (j) Zugrunde gelegte Parameter zur Umrechnung von m³ (Gasmenge im Betriebszustand) in kWh (Normvolumen) wie zugrunde gelegte Höhe, Zählereinbauort, Verrechnungsbrennwert sowie Umrechnungsfaktor;

- (k) Art des Netzbenutzers (sofern zugeordnet), gemäß der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF;
 - (l) Netzebene;
 - (m) Zeitpunkt der voraussichtlich nächsten Abrechnung.
- (5) Der Netzbetreiber hat die Verbrauchs- und Abrechnungsdaten für eine Dauer von drei Jahren ab Verfügbarkeit für Zwecke der nachträglichen Kontrolle der Richtigkeit, Rechtmäßigkeit und für Auskünfte gegenüber dem Netzbenutzern aufzubewahren und unentgeltlich an ihn und nur bei ausdrücklicher Anweisung durch den Netzbenutzer an einen genannten Dritten zu übermitteln.

Datenschutzbestimmungen bei intelligenten Messgeräten

- (6) Für die Übermittlung von personenbezogenen 60-Minuten-Werten an den Netzbetreiber zu den in § 129 Abs. 2 GWG 2011 idgF genannten Zwecken ist eine Zustimmung bzw. entsprechende vertragliche Vereinbarung erforderlich.
- (7) Für die Zwecke der Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Netzbetriebes können die 60-Minuten-Werte in begründeten lokalen Einzelfällen auch ohne Zustimmung des Netzbenutzers ausgelesen werden, wobei der Netzbenutzer in diesen Fällen zeitnah darüber zu informieren ist. Weiters können die 60-Minuten-Werte auf Anordnung des BMWFW oder der Regulierungsbehörde aus den in § 129a Abs. 1 GWG 2011 idgF genannten Zwecken ausgelesen werden, sofern sie unmittelbar nach deren Auslesung aggregiert und anschließend anonymisiert werden.
- (8) Die Freigabe der Anzeige eines intelligenten Messgerätes ist entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu gestalten. Im Falle eines Wechsel oder einer Auflösung des Vertragsverhältnisses mit dem Netzbetreiber wird die Anzeige der historischen Messwerte der vorhergehenden Vertragsverhältnisse, sofern vorhanden, dahingehend abgesichert, dass eine Ablesung anhand der Anzeige des intelligenten Messgerätes durch Nichtberechtigte verhindert wird. Diese Sperrung wird unverzüglich und kostenlos aufgehoben, sobald keine Messwerte des vorhergehenden Vertragsverhältnisses mehr im intelligenten Messgerät selbst zur Verfügung stehen.
- (9) Die Inanspruchnahme des Web-Portals gemäß Punkt XII Ziffer (29) hat die Fernauslesung der Verbrauchsdaten aus dem intelligenten Messgerät zur Voraussetzung. Die Datenbereitstellung im Web-Portal endet jeweils nach Ablauf von 36 Monaten ab Verfügbarkeit sowie im Falle der Auflösung des Vertragsverhältnisses mit dem Netzbetreiber.

XVII. Übermittlung und Verwaltung von Daten

- (1) Die in diesen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen vorgesehenen Datenübermittlungen sind in der jeweiligen in den Regeln der Technik und der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF sowie den Sonstigen Marktregeln festgesetzten

Art und Weise durchzuführen. Grundsätzlich dürfen erfasste Messwerte des Netzbenutzers ohne dessen ausdrückliche Zustimmung nicht an Dritte weitergegeben werden. Ausgenommen davon sind Verbrauchsdaten, welche zur Verrechnung der Systemnutzungsentgelte, Energieabrechnung des Versorgers oder für das Kapazitätsmanagement des Verteilergebietsmanager notwendig sind und deren Umfang in der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF oder entsprechenden anderen Verordnungen festgelegt sind.

- (2) Der Netzbetreiber hat sämtliche Prozesse, insbesondere in Bezug auf die von ihm eingesetzte Informationstechnik, gegen unberechtigten Zugriff und Manipulation gemäß dem Stand der Technik abzusichern. Dies gilt insbesondere für alle Prozesse im Zusammenhang mit dem Einsatz intelligenter Messgeräte. Der Stand der Technik ist der auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher technologischer Verfahren, Einrichtungen und Betriebsweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist; bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen.
- (3) Der Netzbetreiber hat den Versorgern der an das Verteilernetz angeschlossenen Netzbenutzer die abrechnungsrelevanten Daten der entnommenen Erdgasmenge zu übermitteln.
- (4) Auf Wunsch des Netzbenutzers hat der Netzbetreiber die von Lastprofilzählern erfassten Zählerdaten dem Netzbenutzer elektronisch in dem im Marktgebiet normierten Datenformat, bei Verfügbarkeit auch innerhalb einer Abrechnungsperiode, kostenlos zur Verfügung zu stellen oder einmal pro Monat kostenlos, darüber hinaus gegen Abgeltung der Kosten, zu übermitteln. Dies gilt auch entsprechend im Fall einer nachträglichen Berichtigung von Daten. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der innerhalb der Abrechnungsperiode übermittelten Daten wird vom Netzbetreiber keine Garantie übernommen, und es gilt der Haftungsausschluss.
- (5) Darüber hinaus werden Daten vom Netzbetreiber nur nach Anforderung und gegen Entgelt nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden, zur Verfügung gestellt, soweit die Datenübermittlung im jeweiligen Einzelfall gemäß § 7 Abs. 2 DSG 2000 idgF zulässig ist. Das Recht des Betroffenen iSd § 4 Z 3 DSG 2000 idgF auf Auskunft gemäß § 26 DSG 2000 idgF bleibt unbenommen.
- (6) Netzbetreiber sind verpflichtet, innerhalb einer Frist von zwei Arbeitstagen auf Verlangen eines Netzbenutzers dessen Zählpunktsbezeichnung ihm oder einem Bevollmächtigten in einem gängigen Datenformat in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.
- (7) Soweit ein intelligentes Messgerät gemäß der Verordnung nach § 128 Abs. 2 GWG 2011 idgF zum Einsatz kommt, werden zählpunktbezogen insbesondere folgende Daten im intelligenten Messgerät für 60 Tage rollierend gespeichert:
 - (a) jeweils ein täglicher Zählerstand mit dazugehörigem Zeitstempel und Datum;
 - (b) sämtliche 60-Minuten-Werte

- (8) Darüber hinaus werden im intelligenten Messgerät folgende Informationen gespeichert und im Bedarfsfall übermittelt:
- (a) Status- bzw. Fehlerprotokoll;
 - (b) Zugriffsprotokoll bei unberechtigtem Zugriff.
- (9) Beim Einsatz von intelligenten Messgeräten erfolgt für alle Netzbenutzer eine tägliche Übermittlung des Zählerstandes an den Netzbetreiber.
- (10) Für Netzbenutzer mit Lastprofilzähler werden folgende Daten beim Netzbetreiber gespeichert:
- (a) das monatliche Lastprofil;
 - (b) vereinbartes bzw. erworbenes Ausmaß für die Inanspruchnahme des Netzes (Netznutzungsrecht) in kW und Überschreitungen dieses Netznutzungsrechts im Abrechnungszeitraum.
- (11) Die in diesen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen vorgesehenen Datenübermittlungen sind elektronisch gemäß der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF, den Sonstigen Marktregeln und der Verordnung gemäß §§ 126a Abs. 4, 129 Abs. 6, 129a Abs. 2 GWG 2011 idgF durchzuführen. Der Netzbetreiber hat Sorge zu tragen, dass die für die Abrechnung der Systemnutzungsentgelte verwendeten Daten vollinhaltlich mit jenen Daten übereinstimmen, die er gemäß den geltenden Marktregeln an den Versorger zu übermitteln hat.
- (12) Insbesondere übermittelt der Netzbetreiber personenbezogene Daten des Netzbenutzers
- (a) an den vom Netzbenutzer jeweils bekanntgegebenen Versorger zum Zweck der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Versorgers gegenüber dem Netzbenutzer im dafür notwendigen Umfang, insbesondere die Messdaten für die Entgeltberechnung;
 - (b) an potentielle Versorger des Netzbenutzers, insbesondere zum Zweck der Tarifauswahl und der Angebotslegung, nur nach vorhergehender ausdrücklicher Zustimmung des Netzbenutzers im Einzelfall (z.B. durch nachgewiesene Bevollmächtigung des Übermittlungsempfängers);
 - (c) an den Verteilergebietsmanager zum Zweck der Erstellung der Verbrauchsprognosen für jene Netzbenutzer, die dem Tagesbilanzierungsregime nach der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF unterliegen;
 - (d) an die zuständige Schlichtungsstelle oder Behörde (einschließlich der Gerichte), wenn und soweit dies zu Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Netzbetreibers notwendig ist oder dazu eine gesetzliche Ermächtigung oder Verpflichtung besteht;
 - (e) an Dritte, die dem Netzbenutzer Dienstleistungen erbringen (z.B. Energieberater), nur nach vorhergehender ausdrücklicher Zustimmung des Netzbenutzers im Einzelfall (z.B. durch nachgewiesene Bevollmächtigung des Übermittlungsempfängers).

- (13) Von den vorstehenden Bestimmungen unberührt bleibt die Überlassung von Daten an Dienstleister des Netzbetreibers gemäß § 10 DSGVO 2016 idgF.

XVIII. Systemnutzungsentgelt

- (1) Der Netzbenutzer ist verpflichtet, dem Netzbetreiber gemäß § 72 GWG 2011 idgF das in der jeweils geltenden Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegte Entgelt zuzüglich allfälliger gesetzlicher Zuschläge, Steuern und Abgaben zu bezahlen. Sollten keine Systemnutzungsentgelte verordnet sein, hat der Netzbenutzer das angemessene Entgelt zu entrichten.
- (2) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer beim Abschluss eines Netzzugangsvertrages ein Preisblatt mit den vom Netzbetreiber verrechneten Nebenleistungen (z.B. Überprüfungen, Mahnspesen) zu übergeben und an geeigneter Stelle im Internet zu veröffentlichen.
- (3) Für optionale Netzdienstleistungen gelten die in der Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegten Entgelte.

XIX. Rechnungslegung

- (1) Die Abrechnung der periodischen Systemnutzungsentgelte (Netznutzungsentgelt und Entgelt für Messleistungen) durch den Netzbetreiber erfolgt durch Monatsrechnungen oder Jahresrechnungen mit zwischenzeitlichen Abschlagszahlungen gemäß Punkt XXI. Ist der Netzbenutzer Verbraucher iSd Konsumentenschutzgesetzes (KSchG), bedarf eine monatliche Abrechnung der Zustimmung des Netzbenutzers. Auf Anfrage ist dem Netzbenutzer eine unterjährige Abrechnung zu gewähren. Netzbenutzern mit intelligenten Messgeräten haben zumindest das Wahlrecht zwischen einer monatlichen Rechnung und einer Jahresrechnung.
- (2) Die Rechnungslegung der periodischen Systemnutzungsentgelte hat spätestens sechs Wochen nach der für die Abrechnungsperiode relevanten Zählerstandsermittlung zu erfolgen. Der Netzbetreiber hat die Rechnung über die Systemnutzungsentgelte innerhalb von drei Wochen an den Versorger zu übermitteln, sofern der Versorger auch die Rechnung über die Netznutzung legt.
- (3) Der Beginn der Abrechnungsperiode wird vom Netzbetreiber festgelegt und in geeigneter Weise bekannt gegeben. Eine Änderung der Abrechnungsperiode (z.B. durch Verschiebung des Ablesezeitpunktes) ist dem Netzbenutzer vor der Umstellung anzuzeigen.
- (4) Auf allen Rechnungen sind die Pflichtbestandteile gemäß § 126 GWG 2011 idgF anzuführen. Zusätzlich sind die der Rechnung zugrunde gelegte Höhe und der Zählereinbauort anzugeben. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer online einen direkten Verweis auf das Kontaktformular zur Einholung von Informationen zu den verrechnungsrelevanten Daten des Netzbenutzers gemäß Punkt XVI Ziffer (4) anzugeben.

- (5) Wenn eine Vereinbarung zwischen Versorger, Netzbetreiber und Netzbenutzer betreffend die Anwendung des „Vorleistungsmodells“ gemäß RZ 1536 und RZ 1536a UStR 2000 vorliegt, ist die Rechnungsausstellung bzw. -übermittlung in einer Form vorzunehmen, die es dem Versorger ermöglicht, gemäß § 12 UStG den Vorsteuerabzug vorzunehmen. Die Rechnungen werden in diesem Fall direkt an den Versorger des Netzbenutzers gesendet. Der Versorger bezahlt diese Rechnung und legt an den Netzbenutzer eine Gesamtrechnung bestehend aus Energie- und Netzentgelten. Der Versorger wird durch die Anwendung des Vorleistungsmodells nicht Schuldner des Netzbetreibers. Der Netzbetreiber hat die den Rechnungen zugrunde liegenden Daten im in den Sonstigen Marktregeln festgelegten Format dem Versorger elektronisch zu übermitteln, wobei sichergestellt sein muss, dass die übermittelten Daten der Netzrechnungen (insbesondere hinsichtlich der verbrauchten Energie) mit den übermittelten Daten der entnommenen Energie übereinstimmen.
- (6) Bei jeder Änderung der Systemnutzungsentgelte ist eine Zonaliquotierung und, wenn der Zählerstand nicht bekannt ist, eine rechnerische Verbrauchsabgrenzung vorzunehmen. Diese ist bei Anlagen ohne Lastprofilzähler oder intelligentem Messgerät vom Netzbetreiber nach der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden (siehe Punkt XVIII) durchzuführen.
- (7) Gibt ein Netzbenutzer dem Netzbetreiber den Zählerstand frühestens fünf Arbeitstage vor Ende der Abrechnungsperiode oder vor der Entgeltänderung bzw. spätestens fünf Arbeitstage danach bekannt, so hat der Netzbetreiber diesen Wert, sofern er plausibel erscheint, zur Verbrauchsermittlung heranzuziehen.
- (8) Im Falle einer rechnerischen Verbrauchsermittlung hat der Netzbetreiber auf Wunsch des Netzbenutzers die Aliquotierung gemäß den temperaturgewichteten standardisierten Lastprofilen dem Netzbenutzer transparent und rechnerisch nachvollziehbar darzustellen.
- (9) Weicht eine rechnerische Verbrauchsermittlung anhand standardisierter Lastprofile von den tatsächlichen Werten ab und werden die tatsächlichen Werte vom Netzbenutzer zeitnah bekannt gegeben, so ist eine unentgeltliche Rechnungskorrektur vorzunehmen.
- (10) Eine elektronische Übermittlung der Rechnungen ist auf Wunsch des Netzbenutzers zulässig, das Recht des Netzbenutzers auf Rechnungslegung in Papierform darf jedoch vertraglich nicht ausgeschlossen werden.
- (11) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer die Informationen gemäß Ziffer (2) sowie sämtliche gespeicherten, ihn betreffenden Verbrauchsdaten der letzten zwölf Monate auf Anfrage an ihn bzw. bei ausdrücklicher Anweisung an einen genannten Dritten unentgeltlich zu übermitteln.
- (12) Netzrechnungen werden vom Verteilernetzbetreiber in seinem Abrechnungssystem binnen zwei Arbeitstagen ab Einlangen des Ansuchens um Rechnungskorrektur korrigiert und in korrigierter Form dem Netzbenutzer umgehend übermittelt, sofern dem Netzbetreiber alle für die Durchführung der Rechnungskorrektur erforderlichen Informationen vorliegen.

- (13) Sollten die Angaben für die Bearbeitung des Ansuchens um Rechnungskorrektur durch den Netzbetreiber nicht ausreichen, hat dieser die benötigten weiteren Angaben umgehend vom Netzbenutzer anzufordern.
- (14) Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses und nach Vorliegen der vom Netzbenutzer für die Rechnungserstellung zu liefernden Daten ist vom Netzbetreiber innerhalb von sechs Wochen eine Endabrechnung durchzuführen und dem Netzbenutzer umgehend zu übermitteln. Der Netzbetreiber hat die Rechnung für die Netznutzung innerhalb von drei Wochen an den bisherigen Versorger zu übermitteln, sofern der bisherige Versorger auch die Rechnung für die Netznutzung legt.

XX. Zahlung und Verzug

- (1) Zahlungen der Netzbenutzer sind abzugsfrei auf ein vom Netzbetreiber bekannt gegebenes Konto zu leisten. Dem Netzbenutzer ist die Möglichkeit zur Barzahlung offener Forderungen sowie einer allfälligen Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung (Punkt XXII) zumindest innerhalb der allgemeinen Geschäftszeiten einzuräumen. Für die Inanspruchnahme der Barzahlungsmöglichkeit dürfen dem Netzbenutzer keine Kosten verrechnet werden.
- (2) Die Rechnungen bzw. Zahlungsaufforderungen betreffend Abschlagszahlungen sind innerhalb von zwei Wochen ab Postaufgabe- oder Versanddatum (elektronische Datenübertragung, Fax usw.) fällig. Für Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes ist für den Beginn der Zahlungsfrist der Zugang der Rechnung oder Zahlungsaufforderung maßgeblich.
- (3) Einsprüche gegen Rechnungen berechtigen nicht zu Zahlungsaufschub oder Zahlungsverweigerung hinsichtlich unstrittiger Teile der Rechnungssumme. Die Aufrechnung mit Gegenansprüchen ist nur für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Netzbetreibers oder mit Ansprüchen zulässig, die im rechtlichen Zusammenhang mit der Verbindlichkeit des Netzbenutzers stehen, die gerichtlich festgestellt oder anerkannt worden sind.
- (4) Bei Zahlungsverzug können ab dem der Fälligkeit folgenden Tag Verzugszinsen bis zur Höhe von vier Prozentpunkten über dem Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank sowie bei Unternahmengesäften in der Höhe von 9,2 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz (§ 456 UGB) verrechnet werden. Daneben sind auch die für Mahnungen, für Wiedervorlagen von Rechnungen, für durch den Netzbenutzer verschuldete Rechnungsberichtigungen sowie für die Montage eines Pre-Paymentzählers entstehenden Kosten gemäß Preisblatt zu bezahlen sowie etwaige zusätzlich notwendige tatsächlich entstandene Kosten außergerichtlicher Betreibungsmaßnahmen zu vergüten, soweit ein Verschulden des Netzbenutzers vorliegt, soweit diese zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig sind und in einem angemessenen Verhältnis zur betriebenen Forderung stehen (§ 1333 Abs. 2 ABGB).
- (5) Für nicht automatisierbare Verbuchungen von Zahlungseingängen (z.B. Verwendung von nicht EDV-lesbaren Zahlscheinen und unvollständig übermittelten Formularen

bei Telebanking) ist der Netzbetreiber berechtigt, für den Mehraufwand einen angemessenen Pauschalbetrag, maximal jedoch EUR 2,-, in Rechnung zu stellen.

- (6) Sofern der Versorger auch die Rechnung über die Netznutzung legt, ist der Netzbetreiber bei Zahlungsverzug des Netzbenutzers mit der Netz- und Energierechnung berechtigt, die auch ihm als Netzbetreiber obliegende Durchführung des Mahnverfahrens gemäß nach Punkt XXVII Ziffer (3) dem Versorger zu übertragen.

XXI. Abschlagszahlungen (Teilbetragsvorschreibungen)

- (1) Der Netzbetreiber kann Abschlagszahlungen (Teilbetragsvorschreibungen) verlangen, wenn die Netzdienstleistungen über mehrere Monate abgerechnet werden. Dabei ist eine Zahlung zumindest zehnmal jährlich anzubieten. Die Abschlagszahlungen werden sachlich und angemessen auf Basis des Letztjahresverbrauches in kWh tagesanteilig berechnet und dabei die aktuellen Netznutzungsentgelte zugrunde gelegt. Liegt kein Jahresverbrauch vor, sind die Teilbetragsvorschreibungen nach den durchschnittlichen Netzdienstleistungen für vergleichbare Netzbenutzer zu berechnen. Macht der Netzbetreiber oder der Netzbenutzer eine andere Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen glaubhaft, muss dies angemessen berücksichtigt werden.
- (2) Die der Teilbetragsberechnung zugrunde liegende Energiemenge in kWh ist dem Netzbenutzer schriftlich oder auf dessen Wunsch elektronisch mitzuteilen. Die schriftliche Mitteilung kann auch auf der Jahresabrechnung oder auf der ersten Teilzahlungsvorschreibung erfolgen.
- (3) Ergibt die Jahresabrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen geleistet wurden, so muss der Netzbetreiber den übersteigenden Betrag mit der nächsten Abschlagsforderung verrechnen oder auf Wunsch des Netzbenutzers rückerstatten. Die zukünftigen Abschlagszahlungen sind iSd Ziffer (1) entsprechend anzupassen.
- (4) Ist der Netzbenutzer Verbraucher iSd KSchG, so ist dem Netzbenutzer auf seinen Wunsch die Möglichkeit einer Ratenvereinbarung ohne Mehrkosten einzuräumen, wenn die Abrechnung ergibt, dass die Abschlagszahlungen ordnungsgemäß entrichtet, aber zu gering bemessen wurden.

XXII. Vorauszahlung und Sicherheitsleistung

- (1) Der Netzbetreiber kann Vorauszahlung verlangen, wenn nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalles zu erwarten ist, dass der Netzbenutzer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht zeitgerecht nachkommt (z.B. wenn der Netzbenutzer mit einer Zahlung trotz wiederholter Mahnung in Verzug ist oder gegen den Netzbenutzer das gerichtliche Ausgleichs- oder das Reorganisationsverfahren eröffnet wird). Die Aufforderung zur Vorauszahlung hat schriftlich zu erfolgen und ist zu begründen. Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Rechnungsbetrag des vorhergehenden Abrechnungszeitraums oder nach dem durchschnittlichen

Rechnungsbetrag vergleichbarer Netzbenutzer und darf die Teilbetragszahlungen für einen Zeitraum von drei Monaten nicht übersteigen. Wenn der Netzbenutzer glaubhaft macht, dass sein Rechnungsbetrag für die zukünftige Abrechnungsperiode erheblich geringer sein wird, ist dies angemessen zu berücksichtigen.

- (2) Statt eine Vorauszahlung zu verlangen, kann der Netzbetreiber die Leistung einer Sicherheit (Barsicherheit, Bankgarantie, Hinterlegung von nicht vinkulierten Sparbüchern) verlangen. Die Bestimmungen der vorhergehenden Ziffer gelten sinngemäß. Der Netzbetreiber kann sich aus der Sicherheit bezahlt machen, wenn der Netzbenutzer im Verzug ist und nach Mahnung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Die Sicherheit ist vom Netzbetreiber umgehend an den Netzbenutzer zurückzustellen, wenn die Voraussetzungen für ihre Leistung wegfallen. Bei ordnungsgemäßer Begleichung der Zahlungen über einen Zeitraum von sechs Monaten ist die Sicherheitsleistung jedenfalls zurückzustellen bzw. von einer Vorauszahlung abzusehen, solange nicht erneut ein Zahlungsverzug eintritt. Bei einer Barsicherheit ist diese zum jeweiligen Basiszinssatz der Österreichischen Nationalbank zu verzinsen.
- (3) Wird eine Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung gefordert, hat jeder Netzbenutzer ohne Lastprofilzähler stattdessen das Recht auf Nutzung eines Zählgerätes mit Prepayment-Funktion, soweit dies sicherheitstechnisch möglich ist.

XXIII. Mess- und Berechnungsfehler

- (1) Wird eine fehlerhafte Messung oder eine fehlerhafte Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so muss ein dadurch entstandener Differenzbetrag nach den folgenden Bestimmungen erstattet oder nachgezahlt werden.
- (2) Ansprüche auf Erstattung oder Nachzahlung sind auf den Ablese- oder Abrechnungszeitraum beschränkt, der der Feststellung des Fehlers vorangegangen ist. Darüber hinaus sind Ansprüche auf Erstattung oder Nachzahlung nur berechtigt, soweit die Auswirkung des Fehlers mit Gewissheit über einen längeren Zeitraum festgestellt werden kann. Keinesfalls erfolgt eine Berichtigung über drei Jahre hinaus. Ist die Auswirkung des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt der Netzbetreiber die Einspeisung oder Entnahme nach Schätzung unter billiger Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und wenn möglich aufgrund der vorjährigen Einspeisung oder der vorjährigen Entnahme.
- (3) Wurde das Ausmaß der Netzdienstleistungen über die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen hinaus fehlerhaft, nicht vollständig oder überhaupt nicht gemessen und kommt es auch zu keiner einverständlichen Festlegung durch die Vertragsparteien, ermittelt der Netzbetreiber die Netzdienstleistungen nach einem der folgenden Verfahren unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse:
 - (a) Heranziehung der Messwerte einer allenfalls vorhandenen Kontrolleinrichtung;
 - (b) Berechnung der durchschnittlichen Netzdienstleistungen gemäß Ziffer (4);
 - (c) Schätzung aufgrund der in einem vergleichbaren Zeitraum beanspruchten Netzdienstleistungen;

- (d) Berücksichtigung außergewöhnlicher Umstände in der Sphäre des Netzbenutzers, die zu nicht nur geringfügigen Abweichungen vom bisherigen Nutzungsverhalten führen (z.B. längere Ortsabwesenheit).
- (4) Bei der Berechnung der durchschnittlichen Netzdienstleistungen im Sinne der Ziffer (3) werden die durchschnittlich beanspruchten Netzdienstleistungen vor der letzten fehlerfreien Erfassung, und die durchschnittlich beanspruchten Netzdienstleistungen nach Feststellung des Fehlers zugrunde gelegt.

XXIV. Vertragsdauer

Der Netzzugangsvertrag kann auf bestimmte oder unbestimmte Zeit abgeschlossen werden. Der Netzzugangsvertrag kann eine automatische Vertragsverlängerung vorsehen, sofern ein entsprechender aufrechter Versorgungsvertrag besteht und dem Netzbetreiber in geeigneter Weise nachgewiesen wird. Auf das Erfordernis des Nachweises des aufrechten Lieferverhältnisses innerhalb einer durch den Netzbetreiber vorgegebenen Frist, den Umstand der damit verbundenen automatischen Vertragsverlängerung und die damit verbundene folgende Vertragslaufzeit ist im Netzzugangsvertrag gesondert hinzuweisen.

XXV. Ordentliche Kündigung bei unbefristeten Netzzugangsverträgen

- (1) Der Netzbenutzer kann den Netzzugangsvertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Ende eines jeden Monats schriftlich kündigen.
- (2) Die Kündigung des erstmalig abgeschlossenen Netzzugangsvertrages für einen Entnahmepunkt ist erstmals nach Ablauf eines Jahres zulässig. Davor ist eine ordentliche Kündigung nur gemäß Ziffer (3) zulässig.
- (3) Lässt der Netzbenutzer den Haushalt oder eine Betriebsstätte auf oder wurde der Hausanschluss zehn Jahre durchgehend nicht benutzt, so wird vermutet, dass er den Netzzugangsvertrag nicht mehr aufrechterhalten will, soweit keine gegenteilige schriftliche begründete Erklärung des Netzbenutzers vorliegt. Der Netzbetreiber und der Netzbenutzer können in diesem Fall den Vertrag nach vorheriger Ankündigung kündigen. Der Netzbetreiber ist daraufhin berechtigt, den Hausanschluss auf eigene Kosten abzubauen.
- (4) Die zur Absicherung der Investitionen, welche mit der Stattgebung des Antrages auf Kapazitätserweiterung ausgelöst werden, nach den Bestimmungen der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 idgF vereinbarte Zahlung für die (teilweise) Nichtinanspruchnahme der gemäß Kapazitätserweiterungsvertrag beantragten Anschlussleistung ab dem vertraglich vereinbarten Beginn des Netzzuganges im Ausmaß der Nichtinanspruchnahme ist vom Netzbenutzer auch im Falle einer Kündigung zu entrichten.

XXVI. Auflösung aus wichtigem Grund

- (1) Das Recht beider Vertragspartner zur Auflösung des Netzzugangsvertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (2) Ein wichtiger Grund liegt für den Netzbetreiber insbesondere dann vor, wenn
 - (a) sich der Netzbenutzer – trotz eines durchgeführten Mahnverfahrens nach Punkt XXVII Ziffer (3) – mit der Erfüllung einer Zahlungsverpflichtung in Verzug befindet;
 - (b) der Netzbenutzer trotz erfolgter Mahnung nach Punkt XXVII Ziffer (3) die Verletzung wesentlicher anderer Pflichten aus diesem Vertrag nicht beendet;
 - (c) ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bei Netzbenutzern mit einem Jahresverbrauch von mehr als 30.000 kWh mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird;
- (3) Der Netzbetreiber hat den Versorger über die Vertragsbeendigung zeitgerecht zu informieren.

XXVII. Aussetzung der Vertragsabwicklung, Abschaltung

- (1) Jeder Vertragspartner darf seine Verpflichtungen aus dem Netzzugangsvertrag einschließlich der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen dann aussetzen und insbesondere die Netzdienstleistungen unterbrechen, wenn der andere Vertragspartner die Bestimmungen des Vertrages verletzt und nicht bloß eine geringfügige und alsbald behebbare Zuwiderhandlung vorliegt.
- (2) Als Zuwiderhandlungen, die eine sofortige Aussetzung der Vertragsabwicklung ohne Einhaltung eines qualifizierten Mahnverfahrens gemäß Ziffer (3) rechtfertigen, gelten:
 - (a) Abweichungen des Netzbenutzers von vereinbarten Fahrplänen, soweit hierdurch die Aufgabenerfüllung eines Netzbetreibers oder des Verteilergebietsmanagers wesentlich beeinträchtigt wird;
 - (b) unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen durch den Netzbenutzer;
 - (c) unzulässige Einwirkungen auf das Netz oder sonstige Einrichtungen eines Vertragspartners (insbesondere Manipulation von Messeinrichtungen);
 - (d) sicherheitstechnische Mängel der Anlagen eines Vertragspartners bei unmittelbar drohender Gefahr.
- (3) Alle übrigen Zuwiderhandlungen wie z.B. Nichterfüllung fälliger Zahlungsverpflichtungen (Zahlungsverzug, Verweigerung einer Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung) berechtigen den Netzbetreiber nur dann zur physischen Trennung der Netzverbindung (Abschaltung), wenn dem eine zweimalige Mahnung inklusive jeweils mindestens zweiwöchiger Nachfristsetzung vorangegangen ist. Die zweite Mahnung hat auch eine Information über die Folge einer Abschaltung des Netzzuganges nach Verstreichen der zweiwöchigen Nachfrist sowie über die damit

einhergehenden voraussichtlichen Kosten einer allfälligen Abschaltung zu enthalten. Bei jeder Mahnung hat der Netzbetreiber auf die Möglichkeit zur Inanspruchnahme der Beratungsstelle des bestehenden Energieversorgers, soweit diese gemäß § 127 Abs. 7 GWG 2011 idgF einzurichten ist, hinzuweisen. Die letzte Mahnung hat mit eingeschriebenem Brief zu erfolgen (qualifiziertes Mahnverfahren). Der Netzbetreiber hat den Versorger zeitgerecht über die Aussetzung zu informieren.

- (4) Der Netzbetreiber ist über Ziffer (2) hinaus berechtigt, seine Verpflichtungen ohne Einhaltung eines qualifizierten Mahnverfahrens gemäß Ziffer (3) auszusetzen oder einzuschränken
- (a) um eine unmittelbare, auch bloß vermutete Gefahr für Personen oder Sachen abzuwenden;
 - (b) bei einer durch höhere Gewalt oder sonstige, nicht in seinem Bereich liegende, Umstände bedingten Verhinderung der Erbringung der Netzdienstleistungen;
 - (c) bei einem drohenden oder bereits eingetretenen Netzzusammenbruch;
 - (d) wenn dies durch die Befolgung behördlicher Anordnungen, Auflagen usw. erforderlich ist;
 - (e) bei Durchführung betriebsnotwendiger Arbeiten;
 - (f) auf Anweisung des Verteilergebietsmanagers;
 - (g) auf Anweisung des Bilanzgruppenverantwortlichen bei Beendigung der unmittelbaren Mitgliedschaft zu einer Bilanzgruppe ohne gleichzeitige Bekanntgabe der Mitgliedschaft zu einer neuen Bilanzgruppe oder bei Unterlassen der Meldung der Nichtzugehörigkeit zu einer Bilanzgruppe;
 - (h) auf Anweisung des Versorgers bei Beendigung des Energieliefervertrages. Der Netzbetreiber hat den Netzbenutzer über die Konsequenzen eines fehlenden Energieliefervertrages und die Kosten einer Abschaltung nach Maßgabe der Verordnung gemäß § 123 GWG 2011 idgF zu informieren. Eine rechtzeitige Vorlage eines neuen Energieliefervertrages verhindert die Abschaltung.
 - (i) Auf Anweisung des Versorgers bei Aussetzung der Belieferung mit Erdgas
- (5) Jeder Vertragspartner hat sobald wie möglich, außer im Fall der Ziffer (4) lit. (h) und unbeschadet der Bestimmungen in der Verordnung gemäß § 123 GWG 2011 (vgl. Punkt XIV), spätestens aber 24 Stunden vor der Aussetzung seiner Verpflichtungen den anderen Vertragspartner hiervon zu verständigen. Betrifft die Aussetzung einen größeren Kreis von Netzbenutzern, gibt der Netzbetreiber die Aussetzung in ortsüblicher oder vertraglich festgesetzter Weise bekannt. Die Verpflichtung zur fristgerechten Verständigung entfällt, wenn sie nach den Umständen nicht oder nicht rechtzeitig möglich sind.
- (6) In jedem Fall darf die Aussetzung oder die physische Trennung nur solange dauern, bis die sie begründenden Ursachen zu bestehen aufgehört haben oder beseitigt worden sind, spätestens jedoch bis zum darauf folgenden Arbeitstag. Die Kosten des

Netzbetreibers für die Aussetzung, physische Trennung und Wiedereinschaltung der Anlage treffen – soweit ein Verursacher nicht festgestellt werden kann – den Netzbetreiber. Der Netzbenutzer hat keinen Ersatzanspruch für allfällige im Zusammenhang mit der rechtmäßigen Aussetzung, physischen Trennung und Wiedereinschaltung der Anlage entstandene Kosten.

- (7) Beruft sich ein Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes (KSchG) oder ein Kleinunternehmer auf das Recht auf Grundversorgung gemäß § 124 GWG 2011 idgF, ist der Netzbetreiber zur Netzdienstleistung, unbeschadet allfälliger bis zu diesem Zeitpunkt ausständiger Zahlungen, verpflichtet. Der Netzbetreiber kann jedoch die Netzdienstleistung von einer Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung (bei Verbrauchern iSd KSchG in der Höhe von max. einer Teilbetragszahlung für einen Monat) abhängig machen. Beruft sich ein Netzbenutzer auf das Recht auf Grundversorgung und wird erneut mit Zahlungen säumig, ist der Netzbetreiber bis zur Bezahlung dieser ausstehenden Beträge zur Abschaltung berechtigt. Ziffer (3) (Mahnverfahren) gilt sinngemäß. Der Netzbenutzer kann die Abschaltung abwenden, indem er sich zur Vorausverrechnung mittels Prepaymentfunktion für künftige Netznutzung und Energielieferung verpflichtet. Der Netzbetreiber kann die Prepaymentzahlung ausschließlich aus sicherheitstechnischen Gründen ablehnen. Die Vorausverrechnung mit Prepaymentzahlung ist bei Kleinunternehmen mit einem Lastprofilzähler nicht zulässig.¹
- (8) Beruft sich ein Netzbenutzer auf das Recht auf die Grundversorgung gemäß § 124 GWG 2011, ist sinngemäß das Verfahren einer Anmeldung heranzuziehen mit der Maßgabe, dass die Inbetriebnahme innerhalb eines Arbeitstages zu erfolgen hat.
- (9) Eine im Rahmen der Grundversorgung eingerichtete Prepaymentfunktion ist auf Wunsch des Netzbenutzers zu deaktivieren, wenn der Netzbenutzer seine im Rahmen der Grundversorgung angefallenen Zahlungsrückstände beim Versorger und Netzbetreiber beglichen hat oder wenn ein sonstiges schuldbefreiendes Ereignis eingetreten ist.
- (10) Im Rahmen der Prepaymentfunktion können auf Wunsch des Netzbenutzers die in der Grundversorgung angefallenen Zahlungsrückstände über einen Zeitraum von sechs Monaten über die Prepaymentfunktion bezahlt werden. Auf Wunsch des Netzbenutzers können die Rückstände auch über einen kürzeren Zeitraum bezahlt werden.
- (11) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer die Wiederherstellung des Netzzugangs nach Abschaltung in Folge von Zahlungsverzug spätestens am nächsten Arbeitstag nach durch den Netzbenutzer nachgewiesener Einzahlung der offenen Forderung oder einer allfälligen Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung unter Beachtung der Punkte XXII und XXVII sowie unter der Voraussetzung eines aufrechten Erdgaslieferungsvertrags anzubieten und durchzuführen.
- (12) Abschaltungen in Folge von Zahlungsverzug dürfen nicht am letzten Arbeitstag vor Wochenenden oder gesetzlichen Feiertagen vorgenommen werden.

XXVIII. Änderung der Verhältnisse und der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen

- (1) Sollte infolge künftig erlassener Gesetze, Verordnungen oder behördlicher Entscheidungen die Netznutzung unmittelbar oder mittelbar verteuert oder verbilligt werden, so erhöhen bzw. ermäßigen sich die Preise ab dem Zeitpunkt, in dem die genannten Umstände wirksam werden, auf die sich danach ergebende Höhe. Durch Verordnung festgesetzte Fixpreise gelten daher unmittelbar für dieses Vertragsverhältnis.
- (2) Werden gegenüber dem Zeitpunkt des Abschlusses des Netzzugangsvertrages geänderte Allgemeine Verteilernetzbedingungen genehmigt, hat der Netzbetreiber dies binnen vier Wochen nach der Genehmigung den Netzbenutzern in einem persönlich an sie gerichteten Schreiben bekannt zu geben und ihnen diese auf deren Wunsch zuzusenden. In diesem Schreiben oder auf der Rechnung sind die Änderungen der Allgemeinen Bedingungen und die Kriterien, die bei der Änderung einzuhalten sind, nachvollziehbar wiederzugeben. Änderungen der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen gelten ab dem nach Ablauf von drei Monaten ab der Mitteilung folgenden Monatsersten als vereinbart.

XXIX. Teilunwirksamkeit, Höhere Gewalt

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen des Netzzugangsvertrages einschließlich der vorliegenden Allgemeinen Verteilernetzbedingungen unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen davon nicht berührt. Die unwirksamen oder undurchsetzbaren Bestimmungen gelten – außer bei Verbrauchern iSd KSchG – als durch solche wirksamen und gültigen Bestimmungen ersetzt, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchsetzbaren Bestimmungen bestmöglich entsprechen.
- (2) Wenn durch Einwirkungen höherer Gewalt oder aus der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben im Rahmen einer Krisenversorgung vertragliche Verpflichtungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß erfüllt werden können, so ruhen die diesbezüglichen Vertragspflichten, bis die Hindernisse und deren Folgen beseitigt werden. Als höhere Gewalt gilt jedes Ereignis, das einen/die Vertragspartner hindert, seine Verpflichtungen zu erfüllen und welches auch durch die zu erwartende Sorgfalt nicht vorauszusehen war und nicht verhindert werden konnte. Dies gilt insbesondere für Krieg, Unruhen, Streik oder Aussperrungen, Naturkatastrophen oder Feuer, Epidemien, Maßnahmen der Regierung oder ähnliche Umstände.

XXX. Rechtsnachfolge

- (1) Will ein Dritter in die Rechte und Pflichten des Netzzugangsvertrages eintreten, ist hierfür die Zustimmung des Netzbetreibers erforderlich. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Die Verweigerung ist schriftlich zu begründen.

Erfolgt der Vertragseintritt während eines Abrechnungszeitraumes, so kann der bisherige oder der neue Netzbenutzer eine Ablesung des Verbrauchs zum Wechselstichtag durch den Netzbetreiber verlangen. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, diese Ablesung vorzunehmen. Der Netzbetreiber kann dafür ein Entgelt nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden, in Rechnung stellen. Die Ermittlung des Verbrauchs durch Ablesung kann durch eine gemeinsam bestätigte Selbstablesung beider Netzbenutzer ersetzt werden. Erfolgt der Vertragseintritt während eines Abrechnungszeitraumes, ohne dass eine (End-)Abrechnung verlangt worden ist, so haften der bisherige und der neue Netzbenutzer zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten aus dem laufenden Abrechnungszeitraum. Der Netzbetreiber hat den neuen Netzbenutzer auf diesen Umstand anlässlich des Vertragsüberganges hinzuweisen.

- (2) Beide Vertragspartner verpflichten sich – unter der Voraussetzung der Zustimmung durch den Netzbetreiber gemäß Ziffer (1) –, alle aus dem Netzzutritts- und dem Netzzugangsvertrag entstandenen Rechte und Pflichten verbindlich auf ihre etwaigen Rechtsnachfolger zu übertragen, soweit die Voraussetzungen für den Netzzugang erfüllt sind. Der übertragende Vertragspartner wird, unbeschadet seines Rechtes auf Kündigung, von den durch diesen Vertrag übernommenen Pflichten erst frei, wenn der Nachfolger in die Verpflichtungen dem anderen Vertragspartner gegenüber rechtsverbindlich eingetreten ist.

XXXI. Haftung, Schad- und Klagloshaltung

- (1) Jeder Vertragspartner haftet dem anderen nach den allgemeinen schadensrechtlichen Vorschriften. Soweit es danach für die Haftung auf Verschulden ankommt, wird mit Ausnahme von Personenschäden und Ansprüchen nach den §§ 33 Abs. 6 GWG 2011 idgF nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit gehaftet.
- (2) Im Falle einer Haftung des Netzbetreibers aufgrund grober Fahrlässigkeit ist die Haftung – sofern gesetzlich zulässig - auf unmittelbare Schäden beschränkt. Die Haftung des Netzbetreibers für Folgeschäden, Gewinnentgang und mittelbare Schäden ist – sofern gesetzlich zulässig - jedenfalls ausgeschlossen. Dieser Haftungsausschluss gilt nicht gegenüber Verbrauchern iSd KSchG.
- (3) Gestattet der Netzbetreiber dem Netzbenutzer ausdrücklich, dass auch Dritte die vertraglichen Netzdienstleistungen in Anspruch nehmen, so haftet der Netzbetreiber dem Dritten gegenüber im gleichen Umfang wie dem vertraglichen Netzbenutzer.
- (4) Durch Vornahme oder Unterlassung der Prüfung der Anlage des Netzbenutzers sowie durch die Freigabe der Erdgaszufuhr übernimmt der Netzbetreiber keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlage.
- (5) Ein Einspeiser haftet auch unabhängig von einem Verschulden für den Schaden, der dem Netzbetreiber oder Dritten (z.B. anderen Netzbenutzern) durch nicht spezifikationsgerechtes Erdgas oder nicht spezifikationsgerechtes biogenes Gas entsteht und hält diesbezüglich den Netzbetreiber schad- und klaglos.

- (6) Nimmt der Netzbenutzer bei einschränkbareren Netzzugangsverträgen die Einschränkung der Netznutzung nach einer rechtzeitigen Aufforderung des Netzbetreibers nicht oder nicht im aufgeforderten Ausmaß vor, haftet der Netzbenutzer für alle Schäden, die dem Netzbetreiber oder einem Dritten (insbesondere anderen Netzbenutzern, Verteilergebietsmanager, Bilanzgruppenverantwortlichen oder Ausgleichsenergieanbietern) durch dieses vereinbarungswidrige Verhalten entstehen und hält diesbezüglich den Netzbetreiber schad- und klaglos.
- (7) Ist der Netzbenutzer Verbraucher iSd KSchG, ist der Netzbetreiber berechtigt, vom Netzbenutzer die Beibringung einer Haftungsübernahme im Sinne der Ziffer (5) durch dessen Versorger zu verlangen.
- (8) Der Netzbenutzer haftet für das Abhandenkommen und die Beschädigung von Messeinrichtungen des Netzbetreibers, soweit ihn hieran ein Verschulden trifft. Der Netzbenutzer hat auch für das Verschulden seiner Mitbewohner oder Beschäftigten einzustehen.
- (9) Bei Verschulden eines Vertragspartners am Eintritt des wichtigen Grundes einer Kündigung behält sich der andere Vertragspartner vor, Schadenersatz wegen Nichterfüllung geltend zu machen.

XXXII. Vertragsstrafe

- (1) Der Netzbetreiber kann eine Vertragsstrafe verlangen, wenn der Netzbenutzer unbefugt das Netz benützt. Eine unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen liegt vor,
 - (a) wenn Mess-, Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen umgangen oder beeinflusst werden;
 - (b) wenn die Netzdienstleistung vor der Anbringung der Mess-, Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen in Anspruch genommen wird; oder
 - (c) wenn die Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen nach der Einstellung der Netzdienstleistung oder Vertragsauflösung gemäß Punkt XXVI erfolgt und die Anlage vom Netzbetreiber stillgelegt wurde.
- (2) Die Vertragsstrafe wird so bemessen, dass die Netznutzungsentgelte mit einem Zuschlag von 25 Prozent verrechnet werden. Dabei werden für die Dauer der unbefugten Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen die Verbrauchsdaten für vergangene Abrechnungsperioden herangezogen. Liegen diese Daten nicht vor, ist vom Verbrauch vergleichbarer Anlagen auszugehen.
- (3) Die Vertragsstrafe kann für ein Jahr berechnet werden, wenn die Dauer der unbefugten Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen nicht mit ausreichender Genauigkeit festgestellt werden kann.

XXXIII. Gerichtsstand

- (1) Soweit für die aus diesem Vertrag entspringenden Streitigkeiten die Gerichte zuständig sind, entscheidet das am Sitz des Netzbetreibers sachlich zuständige Gericht, soweit die Streitigkeit nicht im Verhandlungswege oder durch ein vereinbartes Schiedsgericht bereinigt wird.
- (2) Die Bestimmung der Ziffer (1) bezieht sich nicht auf Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes, die zur Zeit der Klageerhebung im Inland einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt oder den Ort der Beschäftigung haben. Der Gerichtsstand für diese Verbraucher bestimmt sich nach § 14 KSchG.
- (3) Unbeschadet der Zuständigkeit der Regulierungskommission gemäß § 12 Abs. 1 E-ControlG und der ordentlichen Gerichte kann sowohl der Netzbetreiber als auch der Netzbenutzer Streit- oder Beschwerdefälle, wie z.B. Streitigkeiten aus der Abrechnung von Systemnutzungsentgelten, der Regulierungsbehörde vorlegen. Die Schlichtung von Streitigkeiten durch die Regulierungsbehörde richtet sich nach den Bestimmungen des § 26 E-ControlG. Die Einleitung des Verfahrens vor der Regulierungsbehörde hemmt den Fortlauf der Verjährung.
- (4) Der Netzbenutzer kann eine Klage wegen Streitigkeiten über die aus dem Verhältnis zwischen Netzbenutzer und Netzbetreiber entspringenden Verpflichtungen, insbesondere die anzuwendenden Bedingungen und Systemnutzungsentgelte, erst nach Zustellung des Bescheides der Regulierungsbehörde im Streitschlichtungsverfahren innerhalb der in § 12 Abs. 4 E-ControlG vorgesehenen Frist (vier Wochen) eingebracht werden. Falls ein solches Verfahren bei der Regulierungsbehörde anhängig ist, kann bis zu dessen Abschluss in gleicher Sache kein Gerichtsverfahren anhängig gemacht werden.

XXXIV. Sonstige Bestimmungen

- (1) Der Netzzutritts- und Netzzugangsvertrag sowie allfällige Änderungen oder Ergänzungen hierzu bedürfen der Schriftform. Auf die Schriftform kann nur schriftlich verzichtet werden. Dasselbe gilt für alle Anträge und Erklärungen, für welche in diesen Bedingungen Schriftform vorgesehen ist.
- (2) Für die Erstellung, Änderung oder Ergänzung der Verträge sollen die vom Netzbetreiber zur Verfügung gestellten Formulare verwendet werden. Hinsichtlich Erklärungen des Netzbenutzers, die mit Telefax oder in jeder anderen technisch möglichen Weise erfolgen, kann der Netzbetreiber nachträglich eine rechtlich verbindliche Erklärung verlangen. Für schriftliche Erklärungen des Netzbetreibers kann die Unterschrift entfallen, wenn sie mit Einrichtungen der Datenverarbeitung ausgefertigt wird.
- (3) Ist der Netzbenutzer ein Verbraucher im Sinne des KSchG, sind auch mündliche, für den Verbraucher nicht nachteilige, Erklärungen des Netzbetreibers oder seines Vertreters wirksam.

Anhang 1

Begriffsbestimmungen

(einzufügen ist das Kap. 1 der Sonstigen Marktregeln)

1. AB-BKO

Allgemeine Bedingungen des Bilanzgruppenkoordinators.

2. Abrechnungsperiode

Grundsätzlich ein Zeitraum von 365 Tagen (366 Tagen).

3. Anbieter von Ausgleichsenergie

Jedes Bilanzgruppenmitglied, das die Voraussetzungen erfüllt, am Virtuellen Handelspunkt und/oder beim Bilanzgruppenkoordinator (Merit Order List) anzubieten.

4. Anschlussleistung

Maximale Leistung der angeschlossenen Gasgeräte pro Zählpunkt oder die vertraglich vereinbarte maximale Stundenleistung für den Zählpunkt in kWh/h oder Nm³/h.

5. Anschlussleitung

Siehe Hausanschluss.

6. Arbeitstag (AT)

Alle Tage mit Ausnahme von Samstagen, Sonntagen, gesetzlich vorgeschriebenen Feiertagen, Karfreitag sowie 24. und 31. Dezember.

7. Ausgleichsenergie 1

Differenz zwischen Aufbringung und Abgabe einer Bilanzgruppe je definierter Messperiode, wobei die Energie je Messperiode tatsächlich erfasst oder rechnerisch ermittelt werden kann.

8. Ausgleichsenergie bilanziell

Differenz je Bilanzgruppe zwischen allen nominierten bzw. per Fahrplan angemeldeten Gasmengen, die vom Marktgebietsmanager ermittelt wird, sowie die Differenz je Bilanzgruppe zwischen der tatsächlichen Endverbraucherabnahme und den dafür angemeldeten Endverbraucherfahrplänen, die vom Bilanzgruppenkoordinator ermittelt wird.

9. Ausgleichsenergie physikalisch

Die vom Marktgebietsmanager oder Verteilgebietsmanager tatsächlich abgerufene Ausgleichsenergiemenge.

1 Blau und kursiv dargestellte Texte sind aus dem GWG 2011 oder der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 übernommen und können daher nicht abgeändert werden.

10. Ausspeisepunkt

Ein Punkt, an dem Gas aus einem Netz eines Netzbetreibers entnommen werden kann, ausgenommen durch den Endverbraucher.

11. Bankverbindung, einzugsfähige

Bankkonto, für welches ein Einziehungsauftrag eingerichtet werden kann.

12. Basissicherheit

Haftungsanteil der Sicherheit des Bilanzgruppenverantwortlichen infolge seiner Bonitätsbeurteilung.

13. Betriebsdruck

Druck, bei dem die Leitungsanlage unter normalen Betriebsbedingungen ständig betrieben werden kann.

14. Bezugsfahrplan

Der Fahrplan, der die Summe der geplanten Gasbezüge aller Bilanzgruppenmitglieder einer Bilanzgruppe im Stundenintervall für einen Gastag darstellt.

15. Bieterkurve

Die preisliche Reihung von Ausgleichsenergieangeboten, welche vom Bilanzgruppenkoordinator erstellt wird (auch: Merit Order List, MOL).

16. Bilanzgruppe (BG)

Zusammenfassung von Netzbenutzern zu einer virtuellen Gruppe innerhalb derer ein Ausgleich zwischen Aufbringung (Bezugsfahrpläne, Einspeisungen) und Abgabe (Lieferfahrpläne, Ausspeisungen) erfolgt.

17. Bilanzgruppenkoordinator (BKO)

Der Betreiber einer Verrechnungsstelle für Transaktionen und Preisbildung für Ausgleichsenergie im Verteilernetz.

18. Bilanzgruppenmitglieder (BGM)

Erdgasversorger oder Kunden, welche innerhalb einer Bilanzgruppe zum Zwecke des Ausgleichs zwischen Aufbringung und Abgabe von Erdgas zusammengefasst sind.

19. Bilanzgruppenmitgliedschaft, mittelbare

Netzbenutzer und Erdgashändler, die mit einem Erdgasversorger einen Vertrag über die Lieferung von Erdgas inklusive der Organisation und Abrechnung der, sich aus der Abweichung von Verbrauch und Aufbringung ergebenden, auf sie entfallenden Ausgleichsenergie abschließen, werden jener Bilanzgruppe mittelbar zugeordnet, der ihr Versorger angehört. Diese Zuordnung wird als mittelbare Bilanzgruppenmitgliedschaft bezeichnet. In einem solchen Fall besteht keine direkte Vertragsbeziehung zwischen dem Netzbenutzer bzw. Erdgashändler und dem Bilanzgruppenverantwortlichen.

20. Bilanzgruppenmitgliedschaft, unmittelbare

Marktteilnehmer, die mit einem Bilanzgruppenverantwortlichen einen Vertrag über die Organisation und Abrechnung der, sich aus der Abweichung von Verbrauch und Aufbringung ergebenden, auf sie entfallenden Ausgleichsenergie abschließen, sind unmittelbare Bilanzgruppenmitglieder.

21. Bilanzgruppenumsatz

Je Bilanzgruppe und Clearingperiode, die Summe der Bezugsfahrpläne zuzüglich der bezogenen Ausgleichsenergie auf der Habenseite des Bilanzkontos oder wahlweise die Summe der Verbrauchszählwerte zuzüglich der gelieferten Ausgleichsenergie auf der Sollseite des Bilanzkontos.

22. Bilanzgruppenverantwortlicher (BGV)

Eine gegenüber anderen Marktteilnehmern und dem Bilanzgruppenkoordinator zuständige natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, welche die Mitglieder einer Bilanzgruppe vertritt.

23. BKO – Vertrag

Vertrag des Bilanzgruppenkoordinators mit den Marktteilnehmern für die im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben zu erbringenden Leistungen auf Grundlage der „Allgemeinen Bedingungen des Bilanzgruppenkoordinators“.

24. Bonitätsprüfung

Die Bonitätsprüfung eines neu zuzulassenden oder bestehenden Bilanzgruppenverantwortlichen ist die Evaluierung seiner gesamten wirtschaftlichen, gesellschaftsrechtlichen, finanziellen und personellen Lage.

25. Börse

Siehe „Erdgasbörse“.

26. Buchungspunkt

Ein im Marktgebiet befindlicher und buchbarer Ein- oder Ausspeisepunkt.

27. Clearing, erstes

Periodisch, zumindest monatlich stattfindende Bestimmung der Ausgleichsenergie je Clearingperiode und Bilanzgruppe mittels Saldenbildung aus der Aggregation der Fahrpläne und der Summe aus aggregierten Zählwerten (Zeitreihen gestückelt nach Clearingperiode) sowie aggregierten Lastprofilen durch den Bilanzgruppenkoordinator.

Clearing, finanzielles

Ermittlung der geldmäßigen Salden pro Clearingperiode und Bilanzgruppe für die Ausgleichsenergie durch die Verrechnungsstelle, sowie die Ermittlung der Salden über den gesamten Verrechnungszeitraum je Bilanzgruppe und die Erstellung der Abrechnungen für die einzelnen Bilanzgruppenverantwortlichen.

Clearing, technisches

Bilanzierung der in der Verrechnungsstelle eingerichteten technischen Konten pro Bilanzgruppe. Dabei werden die von den Netzbetreibern der jeweiligen Bilanzgruppe zugeordneten Zeitreihen pro Versorger bzw. Produzent berücksichtigt.

28. Clearing, zweites

Die Korrektur der im ersten Clearing bestimmten Ausgleichsenergie je Bilanzgruppe auf der Basis der tatsächlich gemessenen Jahresenergie von Erzeugung und Verbrauch.

29. Clearingintervall

Siehe „Clearingzeitraum“.

30. Clearingperiode

Die kleinste Zeiteinheit (1 Stunde), für die von der Verrechnungsstelle die Preise der Ausgleichsenergie ermittelt und Mengen verbrauchter Ausgleichsenergie für das technische Clearing berechnet werden. Sie beginnt und endet jeweils zur vollen Stunde.

31. Clearingzeitraum

Das Intervall, für den das Clearing von der Verrechnungsstelle durchgeführt wird.

32. Day Ahead Rates (DAR)

Möglichkeit für Ausgleichsenergieanbieter nach Wiedereröffnung des Ausgleichsenergiemarktes zusätzliche Ausgleichsenergieangebote, im Falle des Vorhandenseins freier Speicherkapazitäten von Speicherbetreibern, zu legen.

33. Deklaration

Deklaration ist eine in einer Summenmessung enthaltene Teilmenge, die über Erklärung festgestellt wird. Im Fall von Gegenflusstransporten sind die entsprechenden Fahrpläne gemeint; d.h. der Gegenflusstransport wird nicht gemessen, sondern aufgrund abgegebener Fahrpläne definiert.

34. Direktleitung

Eine zusätzlich zum Verbundnetz errichtete Erdgasleitung.

35. Drittstaaten

Staaten, die nicht dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum beigetreten oder nicht Mitglied der Europäischen Union sind.

36. Eigenverbrauch

Jene Erdgasmenge, die ein Netzbetreiber benötigt, damit Erdgasleitungen störungsfrei betrieben werden können.

37. Einspeisepunkt

Ein Punkt, an dem Gas an einen Netzbetreiber in dessen Netz oder Teilnetz übergeben werden kann.

38. Einspeiser

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas oder biogenes Gas an einem Einspeisepunkt zum Transport übergibt.

39. Einspeisung

Menge in Nm³ oder kWh, welche in einem Abrechnungszeitraum eingespeist wird.

40. Einspeisung von Inlandsproduktion

Die Summe aller Erdgas Mengen aus Produktionsübergabestationen eines Produzenten, inklusive der Speichertätigkeit für die Erdgasgewinnung gem. MinroG.

41. Einziehungsfähige Bankverbindung

Siehe „Bankverbindung, einziehungsfähige“.

42. Elektronische Signatur

Siehe „Signatur, elektronische“.

43. Encoderzählwerk

Zählwerk mit elektronischer Schnittstelle zur Auslesung des Zählerstandes.

44. Endverbraucher

Ein eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas für den Eigenbedarf kauft.

45. Energie

Ist das Ergebnis der Multiplikation aus Volumen mal Brennwert.

46. Engpassmanagement

Das Management des Kapazitätsportfolios des Fernleitungsnetzbetreibers zur optimalen und maximalen Nutzung der technischen Kapazität und zur rechtzeitigen Feststellung künftiger Engpass- und Sättigungsstellen.

47. Endverbraucherfahrplan

Der Fahrplan, der die Summe der geplanten Gasentnahmen eines Bilanzgruppenmitgliedes einer Bilanzgruppe an den Zählpunkten darstellt, mit welchem das Bilanzgruppenmitglied dieser Bilanzgruppe angehört.

48. Entnehmer

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas an einem Ausspeisepunkt übernimmt.

49. EPS

Abkürzung für Erdgashändler (siehe Definition „Erdgashändler“), Produzent (siehe Definition „Produzent“), Speicherunternehmen (siehe Definition „Speicherunternehmen“)

50. Erdgasbörse

Ein Börseunternehmen oder eine Abwicklungsstelle für Börsengeschäfte am Erdgasmarkt.

51. Erdgashändler

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas kauft oder verkauft, ohne innerhalb oder außerhalb des Netzes, in dem sie eingerichtet ist, eine Fernleitungs- oder Verteilerfunktion wahrzunehmen.

52. Erdgasleitungsanlage

Eine Anlage, die zum Zwecke der Fernleitung, der Verteilung von Erdgas durch Rohrleitungen oder Rohrleitungsnetze oder als Direktleitungen errichtet oder betrieben wird, sofern es sich nicht um eine vorgelagerte Rohrleitungsanlage handelt; zu Erdgasleitungen zählen insbesondere auch Verdichterstationen, Molchschieusen, Schieberstationen, Messstationen und Gasdruckeinrichtungen.

53. Erdgasunternehmen

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die in Gewinnabsicht von den Funktionen Fernleitung, Verteilung, Lieferung, Verkauf, Kauf oder Speicherung von Erdgas, einschließlich verflüssigtes Erdgas, mindestens eine wahrnimmt und für die kommerziellen, technischen oder wartungsbezogenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen verantwortlich ist, mit Ausnahme der Endverbraucher. Speicherunternehmen, Marktgebietsmanager und Verteilergebietsmanager sind Erdgasunternehmen.

54. Fahrplan

Jene Unterlage, die angibt, welche Energiemenge pro Zeiteinheit in einem konstanten Zeitraster (Messperioden) zur Endkundenversorgung oder Ein- oder Ausspeisung in das oder aus dem Verteilernetz vorgesehen ist.

55. Fahrplanrevision

Die Abänderung von Fahrplänen in Übereinstimmung mit den dafür vorgesehenen Marktregeln.

56. Fernleitung

Der Transport von Erdgas durch ein hauptsächlich Hochdruckfernleitungen umfassendes Netz, mit Ausnahme von vorgelagerten Rohrleitungsnetzen und des in erster Linie im Zusammenhang mit der lokalen Erdgasverteilung benutzten Teils von Hochdruckfernleitungen, um die Versorgung von Kunden zu ermöglichen, jedoch nicht die Versorgung der Kunden selbst.

57. Fernleitungsnetzbetreiber

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die die Funktion der Fernleitung wahrnimmt und verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Fernleitungsnetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Transport von Gas zu befriedigen.

58. Gastag

Zeitraum, auf den Gasmengenmeldungen (Fahrpläne und Nominierungen) bezogen sind. Der Gastag beginnt gemäß Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 mit 06:00 Uhr und endet mit 06:00 Uhr des folgenden Tages.

59. Gaszähler

Ein Messgerät, mit dem die entnommene oder eingespeiste Gasmenge erfasst wird.

60. Gebündelte Kapazität

Eine Ausspeise- und damit korrespondierende Einspeisekapazität, die von einem Netzbenutzer zusammengefasst gebucht werden kann.

61. Gebündelte Nominierung

Eine einheitliche Nominierungserklärung für einen gebündelten Buchungspunkt.

62. Gebündelter Buchungspunkt

Eine Zusammenfassung eines buchbaren Ausspeisepunktes und eines buchbaren Einspeisepunktes zwischen einem inländischen und einem ausländischen Marktgebiet, an denen Netzbenutzer gebündelte Kapazität buchen können.

63. Geltende Systemnutzungsentgelte

Die von den Netzbenutzern an die Netzbetreiber zu entrichtenden, von der Regulierungsbehörde in der Systemnutzungsentgelte-Verordnung festgesetzten Entgelte.

64. Geltende Technische Regeln

Siehe „Regeln der Technik“.

65. Green Card

Bestätigung des Marktgebietsmanagers gegenüber der Regulierungsbehörde, dass ein bestimmter Antragsteller die technischen, finanziellen und vertraglichen Voraussetzungen der Tätigkeit als Bilanzgruppenverantwortlicher für die Versorgung von Endverbrauchern im Verteilergebiet erfüllt.

66. Großeinspeisung

Physische Einspeisungen aus der Inlandsproduktion mit Einspeisungen von mehr als 100 MWh pro Stunde.

67. Hausanschluss

Jener Teil des Verteilernetzes, der die Verbindung des Verteilernetzes mit den Anlagen des Kunden ermöglicht; er beginnt ab dem Netzanschlusspunkt des zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses über die Herstellung des Anschlusses bestehenden Verteilernetzes und endet mit der Hauptabsperrvorrichtung oder, sofern vorhanden, mit dem Hausdruckregler. Ein allfälliger Hausdruckregler

in der Anlage des Endverbrauchers ist Bestandteil des Hausanschlusses.

68. Hausanschluss – inaktiv

Ein Hausanschluss bei dem kein Netzzugangsvertrag für diesen Anschluss zwischen Kunden und Netzbetreiber besteht.

69. Hauptabsperrvorrichtung

Die Hauptabsperrvorrichtung bezeichnet das Ende des Verteilernetzes, sofern kein Hausdruckregler montiert ist.

70. Hausdruckregler

Eine Druckregeleinrichtung im Eigentum des Netzbetreibers mit einem Druckregelbereich von einem eingangsseitigen Überdruck größer als 0,5 bar (0,05 MPa) und kleiner/gleich 6 bar (0,6 MPa) auf einen ausgangsseitigen Überdruck kleiner/gleich als 0,5 bar (0,05 MPa), sofern die Druckregeleinrichtung nicht Teil einer gewerblichen Betriebsanlage ist.

71. Hilfsdienste

Alle Dienstleistungen, die zum Betrieb eines Fernleitungs- oder Verteilernetzes erforderlich sind.

72. Horizontal integriertes Erdgasunternehmen

Ein Erdgasunternehmen, das von den Funktionen Fernleitung, Verteilung, Lieferung, Verkauf, Kauf oder Speicherung von Erdgas mindestens eine wahrnimmt und außerdem eine weitere Tätigkeit außerhalb des Erdgasbereichs ausübt.

73. Hub

Ein Knotenpunkt von Erdgasleitungsanlagen, an dem logistische und/oder kommerzielle Hubdienstleistungen erbracht werden.

74. Hub-Dienstleistungsunternehmen

Ein Unternehmen, das Dienstleistungen zur Unterstützung von Erdgas-Handelstransaktionen erbringt.

75. Indirekte Stellvertretung

Wahrnehmung von fremden Interessen im eigenen Namen.

76. Integriertes Erdgasunternehmen

Ein vertikal oder horizontal integriertes Erdgasunternehmen.

77. Intelligentes Messgerät

Eine technische Einrichtung, die den tatsächlichen Zählerstand und Nutzungszeitraum zeitnah misst und die über eine fernauslesbare Datenübertragung verfügt. Diese Geräte sind für einen flächendeckenden Einbau konzipiert und unterscheiden sich daher in Art, Anbringung und Übertragung vom Lastprofilzähler.

78. Jahresverbrauch

Die Menge in kWh über 365 Tage, die aus den Verbräuchen der letzten zurückliegenden Abrechnungszeiträume ermittelt wird. Liegen keine Verbrauchsdaten vor, ist eine Schätzung des Jahresverbrauchs zulässig.

79. Kapazität

Der maximale Lastfluss, der in Norm-Kubikmetern pro Zeiteinheit oder in Energieeinheiten pro Zeiteinheit ausgedrückt wird, auf den der Netznutzer gemäß den Bestimmungen des Transportvertrags Anspruch hat.

80. Kapazität, fest

Kapazität auf garantierter Basis, die nur in Fällen höherer Gewalt und bei geplanten Wartungsmaßnahmen vom Netzbetreiber unterbrochen werden kann.

81. Kapazität, frei zuordenbar

Eine Kapazität, die feste Transporte im gesamten Marktgebiet ermöglicht und Zugang zum Virtuellen Handlungspunkt bietet.

82. Kapazität, dynamisch zuordenbar

Eine Kapazität, die lediglich in Kombination mit spezifizierten Ein- bzw. Ausspeisepunkten als feste Kapazität gilt, in Kombination mit anderen Ein- bzw. Ausspeisepunkten bzw. dem virtuellen Handlungspunkt als unterbrechbar.

83. Kapazität, gebündelt

Eine Ausspeise- und damit korrespondierende Einspeisekapazität, die von einem Netznutzer zusammengefasst gebucht werden kann.

84. Kapazität, unterbrechbar

Kapazität, die gemäß den im Transportvertrag festgelegten Bedingungen unterbrochen werden kann.

85. Kapazitätserweiterungsvertrag

Eine individuelle Vereinbarung zwischen dem Netzzugangsberechtigten und einem Netzbetreiber gemäß Anhang I zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2012, der die Bedingungen, Rechte und Pflichten

der Vertragspartner regelt, unter welchen eine Kapazitätserweiterung vorgenommen wird.

86. Kommerzielle Hub-Dienstleistungen

Dienstleistungen zur Unterstützung von Erdgas-Handelstransaktionen, wie insbesondere „Title Tracking“ (Nachvollziehen des Titeltransfers von Erdgas aus Handelsgeschäften).

87. Kontrahierte Kapazität

Die Kapazität, die der Fernleitungsnetzbetreiber einem Netznutzer durch einen Transportvertrag zugewiesen hat.

88. Konzernunternehmen

Ein rechtlich selbständiges Unternehmen, das mit einem anderen rechtlich selbständigen Unternehmen im Sinne des § 228 Abs. 3 UGB verbunden ist.

89. Kostenwälzung

Ein kalkulatorisches Rechenverfahren, welches angewendet wird, um einem Verbraucherkollektiv die Kosten aller über der Anschlussnetzebene liegenden Netzebenen anteilig zuzuordnen.

90. Kunden

Endverbraucher, Erdgashändler oder Erdgasunternehmen, die Erdgas kaufen.

91. Kurzfristige Dienstleistungen

Dienstleistungen, die der Fernleitungsnetzbetreiber für eine Dauer von weniger als einem Jahr anbietet.

92. Langfristige Dienstleistungen

Dienstleistungen, die der Fernleitungsnetzbetreiber für eine Dauer von einem Jahr oder mehr anbietet.

93. Langfristige Planung

Die langfristige Planung der Versorgungs- und Transportkapazitäten von Erdgasunternehmen zur Deckung der Erdgasnachfrage des Netzes, zur Diversifizierung der Versorgungsquellen und zur Sicherung der Versorgung der Kunden.

94. Lastprofil (LP)

Eine in Zeitintervallen dargestellte Bezugsmenge oder Liefermenge eines Einspeisers oder Entnehmers.

95. Lastprofilzähler (LPZ)

Eine technische Einrichtung, welche den tatsächlichen Lastgang im Stundenraster erfasst.

96. Leistungsmessung

eine mit einem Leistungsmessgerät durchgeführte Messung zur Ermittlung der höchsten stündlichen Belastung pro Monat.

97. Marktgebiet

Eine Zusammenfassung von Netzen unterschiedlicher Netzbetreiber, in dem ein Netzzugangsberechtigter gebuchte Kapazitäten an Ein- und Ausspeisepunkten flexibel nutzen kann.

98. Marktregeln

Die Summe aller Vorschriften, Regelungen und Bestimmungen auf gesetzlicher oder vertraglicher Basis, die Marktteilnehmer im Erdgasmarkt einzuhalten haben, um ein geordnetes Funktionieren dieses Marktes zu ermöglichen und zu gewährleisten.

99. Marktteilnehmer

Bilanzgruppenverantwortliche, Bilanzgruppenmitglieder, Versorger, Erdgashändler, Produzenten, Netzbenutzer, Kunden, Endverbraucher, Bilanzgruppenkoordinatoren, Fernleitungsnetzbetreiber, Verteilernetzbetreiber, Marktgebietsmanager, Verteilergebietsmanager, Speicherunternehmen, Börseunternehmen und Hub-Dienstleistungsunternehmen.

100. Mengenumwerter

Eine technische Einrichtung zur Umrechnung von Erdgas vom Betriebs- in den Normzustand.

101. Merit Order List (MOL)

Siehe „Bieterkurve“.

102. Messdifferenz

Jene Menge, die aufgrund von Netzverluste und Messungenauigkeiten bei Zählern in einem Verteilernetz zwischen Einspeisung und Abgabe entsteht.

103. Messwert

Wert, der angibt, in welchem Umfang Leistung/Menge als gemessener Leistungs-/Mengenmittelwert in einem konstanten Zeitraster (Messperiode) an bestimmten Zählpunkten in das Netz eingespeist und entnommen wurde.

104. Mindestsicherheit

Minimale Sicherheit, die beim Bilanzgruppenkoordinator als Basissicherheit hinterlegt werden muss.

105. Netz

Alle Fernleitungs- oder Verteilernetze, die einem Erdgasunternehmen gehören und/oder von ihm betrieben werden, einschließlich seiner Anlagen, die zu Hilfsdiensten eingesetzt werden (z.B. Regel-

und Messeinrichtungen), und der Anlagen verbundener Unternehmen, die für den Zugang zur Fernleitung und Verteilung erforderlich sind.

106. Netzanschluss

Die physische Verbindung der Anlage eines Kunden oder Erzeugers mit dem Verteilernetz.

107. Netzanschlusspunkt

Die zur Entnahme oder Einspeisung von Erdgas technisch geeignete Stelle des zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses über die Herstellung des Anschlusses bestehenden Netzes, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Netzbenutzers.

108. Netzbenutzer

Jede natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die in ein Netz einspeist, aus einem Netz ausspeist oder daraus versorgt wird bzw. deren Anlage an ein Netz angeschlossen ist.

109. Netzbereich

Jener Teil eines Netzes, für dessen Benutzung dieselben Systemnutzungsentgelte gelten.

110. Netzbereitstellung

Mittelbare Aufwendungen des Netzbetreibers im vorgelagerten Netz zur Ermöglichung des Netzanschlusses von Netzbenutzern.

111. Netzbereitstellungsentgelt

Der Netzbetreiber verrechnet dem Netzbenutzer die Kosten der Herstellung des Netzanschlusses oder bei einer Erhöhung der vertraglich vereinbarten Höchstleistung für den bereits erfolgten sowie notwendigen Ausbau des Netzes zur Ermöglichung des Netzanschlusses. Ein solches Netzbereitstellungsentgelt

ist dem Kunden diskriminierungsfrei nach dem Verursachungsprinzip anlässlich der erstmaligen Herstellung des Netzanschlusses oder der Änderung eines Anschlusses infolge der Erhöhung der vertraglich vereinbarten Höchstleistung einmalig als leistungsbezogener Pauschalbetrag in Rechnung zu stellen.

112. Netzbetreiber (NB)

Jedes Fernleitungs- oder Verteilerunternehmen.

113. Netzebene (NE)

Ein im Wesentlichen durch das Druckniveau bestimmter Teilbereich des Netzes.

114. Netzintegrität

Jedwede auf ein Fernleitungsnetz, einschließlich der erforderlichen Fernleitungsanlagen, bezogene Situation, in der Erdgasdruck und Erdgasqualität innerhalb der von dem Fernleitungsnetzbetreiber festgelegten Mindest- und Höchstgrenzen bleiben, so dass der Erdgasferntransport technisch gewährleistet ist.

115. Netzkopplungspunkt

Ein Punkt, an dem Netze verschiedener Netzbetreiber verbunden sind.

116. Netzverluste

Entstehen aufgrund von Undichtheiten und betriebsbedingten Ab- und Ausblasevorgängen in Netzen.

117. Netzzugang

Die Nutzung eines Netzes.

118. Netzzugangsberechtigte

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Netzzugang begehrt, insbesondere auch Erdgasunternehmen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

119. Netzzugangswerber

Eine natürliche oder juristische Person, die einen Netzzugang anstrebt.

120. Netzzugangsvertrag

Die nach Maßgabe des § 27 bzw. des § 31 GWG 2011 abgeschlossene individuelle Vereinbarung zwischen dem Netzzugangsberechtigten und einem Netzbetreiber, der den Netzanschlusspunkt bzw. die Ein- und Ausspeisepunkte und die Inanspruchnahme des Netzes regelt.

121. Netzzutritt

Die erstmalige Herstellung eines Netzanschlusses oder die Änderung der Kapazität eines bestehenden Netzanschlusses.

122. Netzzutrittentgelt

Durch das einmalig zu leistende Netzzutrittentgelt werden dem Netzbetreiber alle angemessenen und den marktüblichen Preisen entsprechenden Aufwendungen abgegolten, die mit der erstmaligen Herstellung eines Anschlusses an ein Netz oder der Abänderung eines Anschlusses infolge Erhöhung der Anschlussleistung eines Netzbenutzers unmittelbar verbunden sind.

123. Neue Infrastruktur

Neue Erdgasinfrastrukturen, das sind Verbindungsleitungen und Speichieranlagen, die bis 4. August 2003 nicht fertig gestellt worden sind.

124. Nicht zugeordnete Kapazität

Die Differenz zwischen der maximalen Kapazität (maximale technische Kapazität am Einspeisepunkt) an einem Einspeisepunkt und der Summe der zugeordneten Kapazitäten der Bilanzgruppenverantwortlichen am jeweiligen Einspeisepunkt.

125. Nominierung

Jene Energiemenge pro festgelegtem Zeitintervall, die an einem Ein- bzw. Ausspeisepunkt des Fernleitungsnetzes oder am Virtuellen Handelspunkt übergeben bzw. übernommen werden soll.

126. Norm-Kubikmeter, Normzustand (Nm³)

Die Gasmenge, welche bei 0°C (273,15 K) und einem absoluten Druck von 1,01325 bar (101,325 kPa) den Rauminhalt von einem Kubikmeter ausfüllt. Sie wird in Nm³ angegeben.

127. Online-Plattform

Die Plattform gemäß § 39 GWG 2011.

128. Produzent

Eine juristische oder natürliche Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas gewinnt.

129. Physischer Engpass

Eine Situation, in der das Ausmaß der Nachfrage nach tatsächlichen Lieferungen die technische Kapazität zu einem bestimmten Zeitpunkt übersteigt. Siehe auch vertraglich bedingter Engpass.

130. Regeln der Technik

Technische Regeln, die aus Wissenschaft oder Erfahrung auf technischem Gebiet gewonnene Grundsätze enthalten und deren Richtigkeit und Zweckmäßigkeit in der Praxis allgemein als erwiesen gelten; die Einhaltung der einschlägigen Regeln der Technik wird vermutet, wenn bei der Errichtung, bei der Erweiterung, bei der Änderung, beim Betrieb und bei der Instandhaltung die technischen Regeln des ÖVGW sowie die ÖNORMEN eingehalten werden.

131. Regelenergie

Jene Energie, die für den kurzfristigen Ausgleich von Druckschwankungen im Netz, die innerhalb eines bestimmten Intervalls auftreten, aufzubringen ist.

132. Renominierung

Die die nachträgliche Meldung einer korrigierten Nominierung.

133. Rest of the Day-Kapazität

Eine Kapazität, die am Liefertag für den Rest des Liefertages gebucht werden kann.

134. Risikomanagement

Bonitätsbeurteilung der Bilanzgruppenverantwortlichen durch die Verrechnungsstelle, sowie die Ermittlung, Einforderung, Freigabe und Verwaltung von Sicherheiten und die Verwertung von Sicherheiten durch die Verrechnungsstelle im Falle der Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen durch Bilanzgruppenverantwortliche.

135. Risk Management

Siehe „Risikomanagement“.

136. Sicherheit

Sowohl die Sicherheit der Versorgung mit und die Bereitstellung von Erdgas als auch die Betriebssicherheit und die technische Sicherheit.

137. Signatur, elektronische

Ein Anhang zu einer elektronisch übermittelten Nachricht, welche durch kryptographische Maßnahmen sicherstellt, dass diese elektronische Nachricht von einem definierten Absender stammt und der Inhalt nicht verändert wurde. Im Übrigen wird auf das Signaturgesetz verwiesen.

138. Signierte E-Mail

Elektronische Nachricht mit Signatur.

139. SLP-Kunde

Ein Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von unter 400.000 kWh, dem vom jeweiligen Verteilernetzbetreiber ein standardisiertes Lastprofil zugeordnet ist.

140. Smart Meter (SM)

Siehe Intelligentes Messgerät.

141. Sonstige Marktregeln (SoMa)

Jener Teil der Marktregeln, der gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 des Bundesgesetzes über die Regulierungsbehörde in der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (Energie-Control-Gesetz – E-ControlG), BGBl. I Nr. 110/2010, erstellt wird und auf Grund gesetzlicher Anordnung im Wege der genehmigten Allgemeinen Bedingungen Geltung erlangt.

142. Speichieranlage

Eine einem Erdgasunternehmen gehörende und/oder von ihm betriebene Anlage zur Speicherung

von Erdgas, mit Ausnahme des Teils, der für Tätigkeiten gemäß Mineralrohstoffgesetz genutzt wird; ausgenommen sind auch Einrichtungen, die ausschließlich Netzbetreibern bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen vorbehalten sind.

143. Speicherunternehmen

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die die Funktion der Speicherung wahrnimmt und für den Betrieb einer Speicheranlage verantwortlich ist; hierzu genügt es, dass das Unternehmen die Speicheranlage bloß verwaltet.

144. Speicherzugangsberechtigte

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Speicherzugang begehrt, insbesondere auch Erdgasunternehmen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

145. Stand der Technik

Der auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher technologischer Verfahren, Einrichtungen und Betriebsweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist. Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen.

146. Standardisiertes Lastprofil (SLP)

Ein durch ein geeignetes Verfahren für eine bestimmte Einspeiser - oder Entnehmergruppe charakteristisches Lastprofil.

147. Stückelung

Kleinste Zeitintervall, in welches Fahrpläne und Zeitreihen für Zählwertaggregate unterteilt werden.

148. Systemnutzungsentgelt

Das für die Einspeisung von Erdgas in ein Netz oder die Ausspeisung oder Entnahme von Erdgas aus dem Netz zu entrichtende Entgelt.

149. Tagesband

Einspeisung und/oder Bilanzierung von Gasmengen zur Versorgung von Endverbrauchern durch 24 gleiche Stundenwerte pro Gastag.

150. Technische Kapazität

Die verbindliche Höchstkapazität, die der Fernleitungsnetzbetreiber den Netznutzern unter Berücksichtigung der Netzintegrität und der betrieblichen Anforderungen des Fernleitungsnetzes anbieten kann.

151. Transportvertrag

Ein Vertrag, den der Fernleitungsnetzbetreiber mit einem Netznutzer im Hinblick auf die Durchführung der Fernleitung geschlossen hat.

152. Übergabestelle

Ein als solcher bezeichneter und vertraglich fixierter Punkt in einem Netz, an dem Erdgas zwischen Vertragspartnern ausgetauscht (übergeben) wird. Die Übergabestelle kann mit dem Zählpunkt und der Eigentumsgränze ident sein.

153. Variable Sicherheit

Individualhaftungsanteil der Sicherheit des Bilanzgruppenverantwortlichen.

154. Verbindungsleitung

Eine Fernleitung, die eine Grenze zwischen Mitgliedstaaten quert oder überspannt und einzig dem Zweck dient, die nationalen Fernleitungsnetze dieser Mitgliedstaaten zu verbinden.

155. Verbundenes Erdgasunternehmen

- a) ein verbundenes Unternehmen im Sinne des § 228 Abs. 3 UGB;
- b) ein assoziiertes Unternehmen im Sinne des § 263 Abs. 1 UGB; oder
- c) zwei oder mehrere Unternehmen, deren Aktionäre ident sind.

156. Verbundnetz

Eine Anzahl von Netzen, die miteinander verbunden sind.

157. Verbrauch

Menge in Nm³ oder kWh, welche in einem Abrechnungszeitraum verbraucht wird.

158. Verbrauchsabgrenzung

Ermittlung von Teilmengen innerhalb der Abrechnungsperiode. Die Ermittlung erfolgt durch Lastprofilzähler, nach der Methodik der Standardlastprofile, durch Selbstablesung durch den Netzbetreiber oder durch physische Ablesung durch den Netzbetreiber.

159. Verfügbare Leitungskapazität

Die Differenz der maximalen technischen Kapazität, die von Ein- bzw. Ausspeisepunkten über Fern- oder Verteilleitungen ab- bzw. zugeleitet werden kann, und der tatsächlich genutzten Leistung zu einem bestimmten Zeitpunkt an den Ein- und Ausspeisepunkten der jeweiligen Erdgasleitungsanlage.

160. Verrechnungsbrennwert

Der bei Verrechnung an Endkunden zur Ermittlung der Energiemenge herangezogenen Brennwert in kWh/m³. Dieser wird in der Systemnutzungsentgelte-Verordnung festgelegt.

161. Verrechnungsstelle für Transaktionen und Preisbildung der Ausgleichsenergie

Eine Einrichtung, die an Hand der von Netzbetreibern und Marktteilnehmern zur Verfügung gestellten Daten die für die einzelnen Netzbetreiber und Marktteilnehmer anfallende Ausgleichsenergie ermittelt.

162. Verrechnungszeitraum

Intervall, in dem das finanzielle Clearing von der Verrechnungsstelle durchgeführt wird.

163. Verschlüsselte E-Mail

Elektronische Nachricht, deren Inhalt durch kryptographische Verfahren nur für einen berechtigten Empfänger lesbar ist.

164. Versorger

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die die Versorgung wahrnimmt.

165. Versorgung

Der Verkauf einschließlich des Weiterverkaufs von Erdgas, einschließlich verflüssigtem Erdgas, an Kunden.

166. Verteilergesamt

Der in einem Marktgebiet von Verteilernetzen abgedeckte, geographisch abgegrenzte Raum.

167. Verteilerleitungsanlagen

Erdgasleitungsanlagen zum Zwecke der Verteilung.

168. Verteilernetzbetreiber

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die die Funktion der Verteilung wahrnimmt und verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Verteilernetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Verteilung von Gas zu befriedigen.

169. Verteilung

Der Transport von Erdgas über örtliche oder regionale Leitungsnetze zum Zweck der Belieferung von Kunden, jedoch mit Ausnahme der Versorgung

170. Vertikal integriertes Erdgasunternehmen

Ein Erdgasunternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen, in der ein und dieselbe(n) Person(en) berechtigt ist (sind), direkt oder indirekt Kontrolle auszuüben, wobei das betreffende Unternehmen bzw. die betreffende Gruppe von Unternehmen mindestens eine der Funktionen Fernleitung, Verteilung, Verflüssigung/Wiederverdampfung (LNG) oder Speicherung und mindestens eine der Funktionen Gewinnung oder Lieferung von Erdgas wahrnimmt.

171. Vertraglich bedingter Engpass

Eine Situation, in der das Ausmaß der Nachfrage nach verbindlicher Kapazität die technische Kapazität übersteigt. Siehe auch physischer Engpass.

172. Verwaltung von Erdgasspeichern

Der Abschluss von Verträgen mit Dritten über das Zurverfügungstellen von Speicherraum einschließlich der Einspeicher- und Ausspeicherrate.

173. Virtueller Handelspunkt

Ein virtueller Punkt in einem Marktgebiet, an dem Erdgas nach der Einspeisung und vor der Ausspeisung innerhalb des Marktgebiets gehandelt werden kann. Der virtuelle Handelspunkt ist keinem physischen Ein- oder Ausspeisepunkt zugeordnet und ermöglicht Käufern und Verkäufern von Erdgas, auch ohne Kapazitätsbuchung Erdgas zu kaufen oder zu verkaufen;

174. Vorgelagerte Erdgasleitungsanlage

Eine Erdgasleitungsanlage, welche sich außerhalb des Verteilernetzes, an dem der Ausspeisepunkt angeschlossen ist, befindet und für den Transport des Erdgases zum Ausspeisepunkt benötigt wird.

175. Vorgelagertes Rohrleitungsnetz

Rohrleitungen oder ein Netz von Rohrleitungen, deren Betrieb oder Bau Teil eines Erdgasgewinnungs- oder Speichervorhabens ist oder die dazu verwendet werden, Erdgas von einem oder mehreren solcher Vorhaben zu einer Aufbereitungsanlage oder Übergabestation (Terminal) zu leiten; dazu zählen auch Speicherstationen.

176. Werktag

Siehe „Arbeitstag“.

177. Within Day-Kapazität

Eine Kapazität, die am Liefertag für Teile des Liefertages gebucht werden kann.

178. Wochenarbeitsstag

Siehe „Arbeitstag“.

179. Zählergröße

Nach der Richtlinie der „International Organisation of Legal Metrology“ (OIML) R31 und R32 (G Reihe). Ein Maß für den minimalen und maximalen Durchfluss in m³/h.

180. Zählerregler

Die unmittelbar vor dem Zähler montierte Druckregeleinrichtung, welche den Druck von Hausanschlüssen auf den Betriebsdruck der gastechnischen Anlage des Kunden (meist 22 mbar) regelt.

Einem Zählerregler kann auch ein Hausdruckregler vorgeschaltet sein.

181. Zählpunkt

Die Einspeise- und/oder Entnahmestelle, an der eine Erdgasmenge messtechnisch erfasst und registriert wird. Eine Zusammenfassung mehrerer Zählpunkte ist nicht zulässig.

182. Zählerstand

Der Zählerstand ist ein Messwert zur Ermittlung der verbrauchten Energiemenge.

183. Zertifizierte E-Mail Adresse

Eine E-Mail Adresse, für welche ein elektronisches Zertifikat existiert mit dessen Hilfe E-Mails signiert oder verschlüsselt werden können.

Anhang 2

Fundstellen der relevanten Gesetze und Verordnungen

<http://www.e-control.at>

<https://www.ris.bka.gv.at>

Für die Eigengrabung sind insbesondere nachfolgende Gesetze und Richtlinien einzuhalten:

- Arbeitssicherheitsvorschriften gemäß Bauarbeiterschutzverordnung (BauV)
- Anforderungen an Baugruben, Gräben, Böschungen, Arbeitsraumbreiten und Verbau gemäß ÖNORM B2205
- Abstände zu anderen Leitungsträgern gemäß ÖNORM B 2533 und ÖVGW-Richtlinie G B430
- Vorgaben entsprechend dem Standardplan Erdgas ND Hausanschluss Eigengrabung

Anhang 3

Netzzugang/Netzzutritt und Kapazitätserweiterung

I. Netzzugang

1. Der Antrag auf Netzzugang für Endverbraucher hat jedenfalls folgende Angaben zu enthalten:

- (a) Angabe des zu versorgenden Objektes (genaue Anschrift und Name);
 - (b) Beginn des Transportes; bei Vorliegen eines befristeten Vertrages ist jedenfalls Beginn und Ende des Transportes anzugeben;
 - (c) Höchstleistung in kWh/h. Technischer oder vertraglicher Anschlusswert, der den tatsächlichen Kapazitätsbedürfnissen des Netzzugangsberechtigten entspricht;
 - (d) prognostizierter Jahresverbrauch in kWh;
 - (e) die Art des Endverbraucher: Haushalt – Gewerbe (bis 50.000 kWh/h) – Industrie (ab 50.000 kWh/h) – Kraftwerke (bis 50.000 kWh/h) - Kraftwerke (ab 50.000 kWh/h);
 - (f) den Verwendungszweck (Mehrfachnennung möglich): Heizen – Warmwasseraufbereitung – Kochen – Prozessgas;
 - (g) gewünschter minimaler und maximal zulässiger Druck am gewünschten Entnahmepunkt in bar;
 - (h) Versorger des zu transportierenden Erdgases;
 - (i) Zählpunktsbezeichnung des Entnahmepunktes (für Neukunden gilt: Der Verteilernetzbetreiber hat vor der Weiterleitung des entsprechenden Netzzugangsantrages eine Zählpunktsbezeichnung zu vergeben);
 - (j) Bei ausschließlich saisonaler Entnahme Angabe der Monate, in denen eine Entnahme erfolgt;
 - (k) Vermerk darüber, dass der Antrag auf Netzzugang auf Basis der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen erfolgt.
- [Anmerkung: Es wird empfohlen, in die Formulare der Netzbetreiber für den Netzzugang einen Hinweis aufzunehmen, dass die maximale Transportkapazität gemäß lit. c als vertraglich vereinbarte Höchstleistung die Bemessungsgrundlage für die Mindestleistung bzw. für die Leistungsüberschreitung gemäß der Verordnung gemäß § 70 GWG 2011 idGF bei leistungsgemessenen Kunden darstellt.]

2. Der Antrag auf Netzzugang für Einspeiser und Speicherunternehmen hat jedenfalls folgende Angaben zu enthalten:

- (a) Beginn des Transportes; bei Vorliegen eines befristeten Vertrages ist jedenfalls Beginn und Ende des Transportes anzugeben;
- (b) Gewünschter Einspeisepunkt in das Verteilernetz, genaue Anschrift und Name;

- (c) Höchstleistung in kWh/h. Technischer oder vertraglicher Anschlusswert, der den tatsächlichen Kapazitätsbedürfnissen des Netzzugangsberechtigten entspricht;*
- (d) prognostizierte Jahreseinspeisung in kWh;*
- (e) die Art der Einspeisung: Biogas – Erdgasproduzent – Speicher – synthetisches Gas;*
- (f) gewünschter minimaler und maximal zulässiger Druck am gewünschten Einspeisepunkt in bar;*
- (g) Zählpunktsbezeichnung des Einspeisepunktes (für Neukunden gilt: Der Verteilernetzbetreiber hat vor der Weiterleitung des entsprechenden Netzzugangsantrages eine Zählpunktsbezeichnung zu vergeben);*
- (h) Vermerk darüber, dass der Antrag auf Netzzugang auf Basis der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen erfolgt.*

3. Ist ein Antrag auf Netzzugang auf einen einschränkbaren Netzzugang gerichtet, so hat der Antrag zusätzlich zu den in Punkten 1 und 2 genannten Angaben Folgendes zu enthalten:

- (a) tatsächliche maximale Inanspruchnahme gemäß Lastprofil in kWh/h des Vorjahres (bei Neukunden Vertragswert in kWh/h);*
- (b) Bezeichnung der Onlinemessstelle;*
- (c) Art und Ausmaß der Einschränkung;*
- (d) anwendbarer Zeitraum und maximale Anzahl der Einschränkungen;*
- (e) maximale ununterbrochene Dauer der Einschränkungen;*
- (f) maximale kumulierte Dauer der Einschränkungen pro Jahr;*
- (g) maximale Stundenleistung während der eingeschränkten Netznutzung (erforderliche Mindestversorgung).*

4. Netzzugangsverträge, die einen einschränkbaren Netzzugang vorsehen, müssen insbesondere folgende Bestandteile enthalten:

- (a) Die Verpflichtung des Verteilernetzbetreibers, auf Veranlassung des Verteilergebietsmanagers jede Einschränkung der Netznutzung dem Endverbraucher rechtzeitig bekannt zu geben. Rechtzeitig ist die Bekanntgabe dann, wenn die Einschränkung dem Endverbraucher mindestens zwei Stunden vor Wirksamkeit bekannt gegeben wird. Davon abweichend kann in Abstimmung mit dem Verteilergebietsmanager auch eine Frist für die Bekanntgabe der Einschränkung von mehr als zwei Stunden vor Wirksamkeit vereinbart werden.*
- (b) Zustimmung des Endverbrauchers, dass er gemäß der Aufforderung des Verteilernetzbetreibers die vereinbarte Einschränkung selbst durchführen wird. Andernfalls kann die angeordnete Einschränkung auf Kosten des Endverbrauchers vom Verteilernetzbetreiber durchgeführt werden;*
- (c) Definition bezüglich Art und Ausmaß der Einschränkung;*
- (d) Abgeltung der Einschränkungen gemäß der Verordnung gemäß § 70 GWG 2011 idgF;*
- (e) Anwendbarer Zeitraum und maximale Anzahl der Einschränkungen;*
- (f) Ansprechpartner und Kommunikation(-swege) im Zusammenhang mit den Einschränkungen der Netznutzung im Einzelnen;*
- (g) Regelungen betreffend die Weitergabe von Daten durch den Verteilernetzbetreiber an den Verteilergebietsmanager;*
- (h) Regelungen betreffend die Abrechnung des Entgelts für die einschränkbare Netznutzung gemäß der Verordnung gemäß § 70 GWG 2011 idgF.*

5. Ein abgeschlossener Netzzugangsvertrag für Endverbraucher hat zusätzlich zu den in Punkt 1 genannten Angaben Folgendes zu enthalten:

- (a) Zählereinstellung bei Abrechnung ohne Umwerter;*
- (b) Zugrunde gelegte Höhe in m bei Abrechnung ohne Mengenumwerter;*
- (c) Umrechnungsfaktor bei Vertragsabschluss (Hinweis auf mögliche Anpassung gemäß der Verordnung gemäß § 70 GWG 2011 idgF);*
- (d) Netzebenenordnung gemäß GWG 2011 idgF;*
- (e) Ggf. vergebenes standardisiertes Lastprofil;*
- (f) Art und Type der eingebauten Messgeräte;*
- (g) Regelungen und Vorkehrungen für den Fall, dass ein Netzzugang nur für einen saisonalen Bezug genehmigt wurde.*
- (h) Betriebsdruck am Gaszähler*

6. Vorübergehende Überschreitung der vertraglich vereinbarten Entnahmeleistung

Die vertraglich vereinbarte Entnahmeleistung kann in Ausnahmefällen – insbesondere für Entnahmekapazitäten, die kurzfristig (zB für Anfahr- oder Aushilfsleistung) benötigt werden, mangels kontinuierlichem Bedarf nicht in der langfristigen Planung des Verteilergebietsmanagers eingeplant werden und nach Absprache zur Verfügung gestellt werden können – überschritten werden. Eine entsprechende

Überschreitung ist im jeweiligen Anlassfall von der vorherigen Zustimmung des Verteilernetzbetreibers abhängig. Der Verteilernetzbetreiber ist verpflichtet, zuvor die Zustimmung des Verteilergebietsmanagers einzuholen. Die Möglichkeit des Netzbenutzers auf Überschreitung der vertraglich vereinbarten Entnahmeleistung besteht nur für den jeweiligen Einzelfall. Für diese Fälle können im Netzzugangsvertrag nähere Bedingungen im Vorhinein vereinbart werden, welche ebenfalls der vorigen Zustimmung des Verteilergebietsmanagers bedürfen. Der Netzbenutzer ist innerhalb von zwei Arbeitstagen ab Eingang seiner schriftlichen Anfrage (zB per E-Mail) über die Möglichkeit der kurzfristigen Überschreitung der vertraglich vereinbarten Entnahmeleistung zu informieren.

II. Netzzutritt

Der Antrag auf Netzzutritt hat jedenfalls folgende Angaben zu enthalten:

- (a) Angabe des zu versorgenden Objektes (genaue Anschrift und Name);
- (b) prognostizierter Jahresverbrauch in kWh;
- (c) wenn die Anschlussleitung auf fremden Grundstücken hergestellt werden soll, Name und Kontaktdaten des Grundstückseigentümers;
- (d) gewünschter minimaler und maximal zulässiger Druck am gewünschten Entnahmepunkt in bar
- (e) Anschlussleistung in kWh/h.

III. Kapazitätserweiterung

Anforderungen an die Abwicklung von Anträgen auf Kapazitätserweiterung:

- (1) Der Verteilernetzbetreiber ist verpflichtet, den Antrag des Kunden sowie einen Verzicht des Kunden auf einen Antrag umgehend an den Verteilergebietsmanager weiterzuleiten, sodass dieser den Antrag gemäß den Bestimmungen zur Langfristigen Planung (§ 22 GWG 2011 idgF) berücksichtigen kann.
- (2) Voraussetzung der Stattgebung des Antrags auf Kapazitätserweiterung ist, dass der Verteilergebietsmanager dem Verteilernetzbetreiber die Verfügbarkeit der erforderlichen Transportkapazität auf Basis der folgenden Voraussetzungen und den darin jeweils enthaltenen Bedingungen mitteilt:
 - (a) die Langfristige Planung enthält die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen zur Schaffung des dem Antrag auf Kapazitätserweiterung zugrunde liegenden Kapazitätsbedarfes und diese Langfristige Planung wurde durch die Regulierungsbehörde genehmigt;
 - (b) die jeweils betroffenen Netzbetreiber haben mit dem Verteilergebietsmanager Netzausbauverträge betreffend die Umsetzung der in der Langfristigen Planung vorgesehenen Maßnahmen abgeschlossen.
- (3) Der Verteilernetzbetreiber ist erst dann zur Stattgebung des Antrages und Gegenfertigung des Kapazitätserweiterungsvertrages verpflichtet bzw. sind der Verteilernetzbetreiber und die vorgelagerten Netzbetreiber sowie der Verteilergebietsmanager erst dann verpflichtet, die notwendigen Ausbaumaßnahmen zu tätigen, wenn der Antragsteller den Kapazitätserweiterungsvertrag rechtsgültig unterschrieben hat und den im Kapazitätserweiterungsvertrag genannten Bedingungen – wie z.B. dem Erlag von Sicherheitsleistungen – fristgerecht nachgekommen ist.
- (4) Im Kapazitätserweiterungsvertrag können zwischen dem Antragsteller und dem Verteilernetzbetreiber nichtdiskriminierende und sachgerechte Bedingungen vertraglich vereinbart werden, von deren Erfüllung die Umsetzung der Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung abhängen. Zur Absicherung der Investitionen, welche mit der Stattgebung des Antrages auf Kapazitätserweiterung ausgelöst werden, ist im Kapazitätserweiterungsvertrag eine Zahlung für die (teilweise) Nichtinanspruchnahme der gemäß Kapazitätserweiterungsvertrag beantragten Anschlussleistung ab dem im Kapazitätserweiterungsvertrag vertraglich vereinbarten Beginn des Transportes im Ausmaß der Nichtinanspruchnahme vertraglich zu vereinbaren. Die Höhe der Zahlung hat bei vollständiger Nichtinanspruchnahme der gemäß Kapazitätserweiterungsvertrag beantragten Anschlussleistung mindestens dem Netzbereitstellungsentgelt, das für die beantragte Anschlussleistung zu entrichten wäre, zu entsprechen und verringert sich bei teilweiser Nichtinanspruchnahme aliquot. Die Zahlung für die (teilweise) Nichtinanspruchnahme der gemäß Kapazitätserweiterungsvertrag beantragten Anschlussleistung verringert sich in dem Ausmaß, in dem die nicht genutzte, gemäß Kapazitätserweiterungsvertrag beantragte Anschlussleistung, von Dritten genutzt wird. Zur Absicherung dieser Zahlung kann die Leistung einer angemessenen Sicherheitsleistung vereinbart werden. Bei (teilweiser) Inanspruchnahme der beantragten Anschlussleistung nach dem im Kapazitätserweiterungsvertrag vertraglich vereinbarten Beginn des Transportes ist eine Aufrechnung der geleisteten Zahlung mit dem Netzbereitstellungsentgelt gemäß der Verordnung gemäß § 70 GWG 2011 idgF nicht zulässig.
- (5) Der Verteilernetzbetreiber verpflichtet sich bei Stattgebung des Antrages auf Kapazitätserweiterung dem Netzbenutzer ab einem bestimmten in der Zukunft liegenden Stichtag Netzzugang zum Verteilernetz gemäß

§ 27 GWG 2011 idgF zu gewähren.

(6) Der Netzbenutzer hat nach Bekanntgabe des endgültigen Termins der Kapazitätsbereitstellung durch den Verteilernetzbetreiber, spätestens zehn Arbeitstage vor dem vereinbarten Beginn der Transportleistung, einen Netzzugangsantrag für Neuanlagen gemäß § 13 der Verordnung zu stellen. Der Verteilernetzbetreiber hat den Netzbenutzer im Kapazitätserweiterungsvertrag ausdrücklich auf die Notwendigkeit eines Netzzugangsantrages hinzuweisen. Bei nicht zeitgerechter Abgabe dieses Antrages kann die Transportleistung nicht fristgerecht erbracht werden, unbeschadet der sonstigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner aus dem Kapazitätserweiterungsvertrag.